

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 10 · Oktober 2002 · 57. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Die Novelle des Agrarstatistikgesetzes 2002 — Agrarstatistik mit neuem Gesicht

Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe

Hessischer Zahlenspiegel

Hessischer Umwelt-Monitor (3/02)



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Landwirtschaft	
Die Novelle des Agrarstatistikgesetzes 2002 — Agrarstatistik mit neuem Gesicht. Von <i>Jörg Führer</i>	290
Löhne und Gehälter	
Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe. Von <i>Theo Hefner</i>	297
Sozialleistungen	
Asylbewerber in Hessen Ende 2001. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	302
Tourismus	
Tourismus in den hessischen Gemeinden 2001. Von <i>Udo Kroschewski</i>	304
Ganz kurz...	309
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	310
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit.	311
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung.	312
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe.	313
Außenhandel, Tourismus, Verkehr.	314
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise	315
Steuern, Verdienste	316
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4
Hessischer Umweltmonitor (3/02)	grüne Beilage

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2002
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 38,50 Euro (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

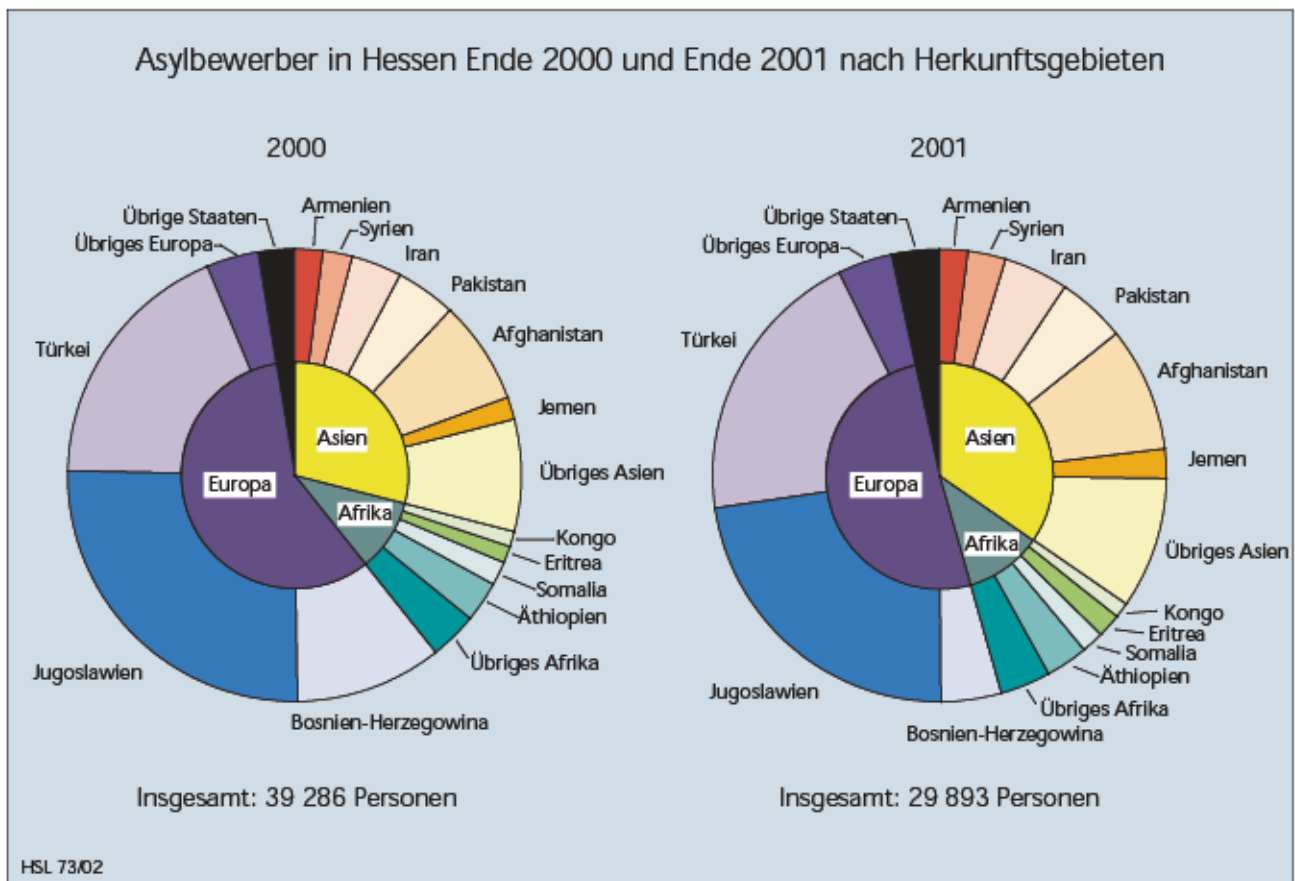
Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
. . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Ausgewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtete Zahl.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen



Die Novelle des Agrarstatistikgesetzes 2002 — Agrarstatistik mit neuem Gesicht

„Landwirtschaftliche Unternehmen sollen künftig von Auskunftspflichten entlastet werden, die sie im Zusammenhang mit der Erhebung von agrarstatistischen Daten haben. Gleichzeitig sollen die mit der Datenerfassung und -aufbereitung verbundenen Verwaltungsaufgaben gestrafft werden. . . . Mit der Novelle des Agrarstatistikgesetzes werden bestehende Erhebungen vereinfacht, indem untere Erfassungsgrenzen angepasst, Merkmalskataloge gekürzt und Erhebungsintervalle verlängert werden.“ So beschreibt die Pressemeldung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL)¹⁾ das verabschiedete Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes. Im folgenden Beitrag werden zunächst die wichtigsten Auswirkungen der Novelle des Agrarstatistikgesetzes auf der Ebene des Landes Hessen beschrieben; gleichfalls wird ein Ausblick auf zukünftige Fragestellungen in der Agrarstatistik für die kommenden Jahre gegeben.

Die Novelle des Gesetzes über die Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz — AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118) verfolgt mehrere Ziele:

1. Umsetzung von Europäischem Recht, beispielsweise der Verordnung (EG) Nr. 143/2002 der Kommission vom 24.01.2002 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates zur Durchführung der Strukturerehebungen in den Jahren 2003, 2005 und 2007. Dies bedeutete die
2. Neuaufnahme von Erhebungsmerkmalen, die einen sich aus neuen politischen Gesichtspunkten ergebenden Datenbedarf befriedigen. Als Weiterentwicklung der Novelle des Agrarstatistikgesetzes aus dem Jahr 1998 können genannt werden
3. die Harmonisierung von Erfassungsgrenzen und die
4. weitere Entlastung der Auskunftspflichtigen sowie die
5. Schaffung der weitergehenden Nutzung von Verwaltungsdaten.

Der agrarstatistische Datenbedarf wird dabei, entgegen anderen Bereichen der amtlichen Wirtschaftsstatistik, in denen der Beitrag eines Wirtschaftsbereiches am Bruttosozialprodukt (BIP-Relevanz) als maßgebendes Kriterium für die Durchführung einer Statistik gilt, durch das Prinzip der so genannten „Transfer-Relevanz“ erzeugt: Der mit der Verordnung Nr. 25 von 1962 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (zuletzt geändert durch die Verordnung

(EWG) Nr. 728/70) eingerichtete Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) nimmt einen großen Teil des Gesamthaushalts der Europäischen Union in Anspruch²⁾. Trotz der seit Durchführung der EG-Agrarreform im Jahr 1992 gesunkenen Ausgaben für den Agrarbereich beträgt der Anteil des Agraretats immerhin noch gut 45 % des gesamten EU-Haushalts im Haushaltsjahr 2002. Innerhalb der Gesamtausgaben für den Agrarsektor in Höhe von 44 255 Mill. Euro dominieren die Ausgaben für die Marktstützung in Höhe von 39 660 Mill. Euro³⁾.

Was ist neu in der Novelle?

Auf Grund der Tatsache, dass in vielen Bereichen der Agrarstatistik Vorgaben des Gemeinschaftsrechts zu beachten sind, kann das so genannte „Omnibusprinzip“⁴⁾ nicht angewandt werden. In der Folge werden daher als „antiquiert“ erscheinende Produktionsstatistiken, wie die Erhebungen über die Viehbestände oder Gemüse- und Zierpflanzenerhebungen auch weiterhin, wenn auch in verringertem Umfang, durchgeführt. Die Neuaufnahme von Erhebungsmerkmalen, die einen sich aus neuen politischen Gesichtspunkten ergebenden Datenbedarf befriedigen, ist vor allem im Dienstleistungsbereich, im ökologischen Landbau, bei Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie im Bereich der Entwicklung von ländlichen Räumen angesiedelt.

Wesentliche Inhalte des Gesetzes

Wesentliche Inhalte des Gesetzes sind die

- Verlängerung des Intervalls der allgemeinen Viehzählung von zwei auf vier Jahre sowie die dauerhafte Streichung der Schweinezählung im August,
- Ergänzung der Flächenerhebung um den jährlichen Nachweis der Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Erfüllung des Datenbedarfs für umwelt- und raumordnungspolitische Zwecke,

1) www.verbraucherministerium.de/pressdienst/pd2002-09 vom 1. März 2002.
2) Die Abteilung „Garantie“ des Fonds muss insbesondere die Ausgaben im Zusammenhang mit der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte, die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, die flankierend zur Marktpolitik durchgeführt werden, die Maßnahmen für den ländlichen Raum außerhalb der Ziel-1-Regionen, bestimmte Aufwendungen im Veterinärbereich und die Maßnahmen zur Information über die gemeinsame Agrarpolitik finanzieren. Die Abteilung „Ausrichtung“ muss sonstige Ausgaben für die ländliche Entwicklung, wie z. B. die Gemeinschaftsinitiative LEADER+, finanzieren.
3) Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2002, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU, Luxemburg Januar 2002.
4) „Das Omnibus-Prinzip“ in Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrg., Heft 8/August 2000 S. 238 ff.

- Verlängerung des Intervalls der Erhebung des Zwischenfruchtanbaus von zwei auf vier Jahre,
- Straffung des Merkmalskatalogs der (jeweils in vierjährigem Turnus durchgeführten) Zierpflanzenenerhebung und der Baumschulerhebung,
- Anhebung der unteren Erfassungsgrenze in der Obstbauenerhebung,
- Harmonisierung der Berichtszeiträume zwischen den verschiedenen Kategorien von Arbeitskräften in der Agrarstrukturenerhebung,
- Anordnung einer Gartenbauerhebung für das Jahr 2005 einschl. einer registrierten Erfassung des Dienstleistungsgartenbaus unter Straffung des für den Produktionsgartenbau geltenden Merkmalskatalogs,
- Anordnung einer Binnenfischereierhebung für das Jahr 2004 mit überarbeitetem Berichtskreis und neu gefasstem Merkmalskatalog,
- dauerhafte Streichung der Erhebung der Erzeugung des vegetativen Vermehrungsgutes von Reben,
- Einführung einer unteren Erfassungsgrenze in der Weinbestandserhebung,
- Aufgabe der bisherigen Unterscheidung zwischen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach der Hauptproduktionsrichtung bei gleichzeitiger erheblicher Entlastung bestimmter Forstbetriebe (Betriebe mit Waldfläche) von Auskunftspflichten,
- verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Agrarstatistik, um Befragte zu entlasten,
- Schaffung von Verordnungsermächtigungen zur flexibleren Ausgestaltung bestehender Erhebungen (u. a. durch die Aussetzung der Erhebung einzelner Merkmale, die Verlängerung von Periodizitäten, den Austausch bestehender durch andere Merkmale und die Erhebung von Merkmalen zur Durchführung von Gemeinschaftsrecht).

Erhebung über die Viehbestände nur noch alle 4 Jahre

Trotz erheblicher Bedenken des Bundesrates und der Statistischen Landesämter wurde in der Novellierung des AgrStatG die Verlängerung der Periodizität der Totalerhebung auf 4 Jahre beschlossen. Dies bedeutet — im organisatorischen

5) Ernährungs- und agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2002, Tabelle 24 „Verkaufserlöse in der Landwirtschaft in jeweiligen Preisen, Erzeugerpreise ohne MwSt, einschließlich Lebendviehexport“, Tabellenteil, Seite 22.

6) Ab 26. September 1999 sind alle Rinder in Deutschland gemäß § 24f der Viehverkehrsverordnung zu erfassen. Sie werden in einer elektronischen Datenbank zentral registriert. Die Datenbank ist Teil des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere, das auf Grund der EG-Verordnung (EG) Nr. 820/97 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingeführt wurde. Ziel ist es, den Markt für Rindfleisch durch verbesserte Transparenz der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen zu stabilisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist neben der Geburt jeder Zugang, jeder Abgang, der Tod oder die Schlachtung eines Rindes zu melden (§ 24g der Viehverkehrsverordnung). Für die Abgabe der Meldung ist jeder Rinderhalter, auch der Schlachtbetrieb, verantwortlich.

7) Schlacht- und Mastkühe, 2 Jahre und älter, ohne Färsen.

8) Vgl. „Steigende Anzahl schlachtreifer Viehbestände“ in Staat und Wirtschaft in Hessen, 56. Jahrg., Heft 2/Feb. 2001, S. 47 f, sowie Statistische Berichte zur Erhebung über die Viehbestände, verschiedene Jahrgänge; jeweils Repräsentativergebnisse.

Sinne — die Abschaffung der Erhebung als Produktionsstatistik und die Eingliederung derselben in die Strukturstatistiken. Fachlich gesehen hat dies insofern Konsequenzen, als eine regionale Gliederung der Viehbestände auf Kreis- oder Gemeindeebene nur noch alle 4 Jahre möglich ist und darüber hinaus andere Statistiken, wie die Milcherzeugungsstatistik oder die „Landwirtschaftliche Regionale Gesamtrechnung“ mit höheren Ungenauigkeiten als bisher behaftet sein werden. In der Folge ist es damit Landkreisen und Gemeinden nicht mehr möglich, mit aktuellen Daten beispielsweise agrarstrukturelle Planungen, Dorferneuerungskonzepte usw. zu erstellen. Auch wird mit der Verlängerung der Periodizität die Bedeutung der tierischen Produktion innerhalb des Agrarsektors nicht adäquat abgebildet. Der Ernährungs- und agrarpolitische Bericht der Bundesregierung 2002 weist für das Wirtschaftsjahr 2000/01 knapp 62 % der Verkaufserlöse der Landwirtschaft für tierische Erzeugnisse aus, während 38 % auf die pflanzlichen Erzeugnisse fallen⁵⁾.

Mit der Gesetzesnovelle wurde die Möglichkeit geschaffen, Daten des Herkunftsinformationssystems für Tiere (HIT)⁶⁾ zu nutzen. Das HIT ist bisher lediglich für die Rinderhaltung resp. für die Rinderhalter konzipiert, ein Herkunftssicherungssystem für Schweine soll folgen. Die Datenbank ist von ihrer Idee her — wie es auch schon der Name sagt — für den Nachweis des Rindfleisches von der Geburt eines Rindes über die Schlachtung bis zum Verkauf an der Ladentheke gedacht. Demgegenüber diente der bisherige Merkmalskatalog der Erhebung über die Viehbestände in den landwirtschaftlichen Betrieben neben dem Nachweis der Fallzahlen auch dem der Nutzung der einzelnen Tierarten wie beispielsweise Milch-, Mutter- oder Schlachtkühe. Er erfüllte damit die Richtlinie 93/24 EWG der Europäischen Union, die eine tiefer gegliederte Unterscheidung der Tierkategorien vorsieht, als dies bei den Meldungen innerhalb des HIT der Fall ist. Hinsichtlich der Unterscheidung nach Tierkategorien besteht daher noch Forschungsbedarf, insbesondere da sich die Tierzahlen in den Nutzungsarten auch kurzfristig stark ändern können. Jüngstes Beispiel dafür waren die Folgen der BSE-Krise 2001. Hier änderte sich der Bestand an Schlachtkühen⁷⁾ sprunghaft. Während im Mai 2000 ca. 3360 Schlachtkühe gezählt wurden, waren es im Mai 2001 ca. 3840 Tiere. Zur Erhebung 2002 sank der Bestand auf 2920 Schlachtkühe⁸⁾.

Der Vorteil des HIT besteht jedoch darin, dass unter den genannten Restriktionen zu jedem Zeitpunkt Totalzahlen über den Rindviehbestand abgefragt werden können. Als Begründung der Verlängerung der Periodizität der Erhebung auf 4 Jahre wurde u. a. eine Kostenreduktion angeführt. Diese ist allerdings auf Ebene der Statistischen Landesämter — je nach betrieblicher Struktur der Landwirtschaft — nicht zwingend gegeben. Zunächst ist die Datenbank des HIT beim Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten in München angesiedelt; die Nutzung derselben

Agrarstrukturerhebungen und Integrierte Erhebungen von 2003 bis 2007 gem. AgrStatG¹⁾

Programme / Erhebung / Merkmale			Agrarstruktur- erhebung		Gemeinsame Erhebung über Boden- nutzung und Viehbestände		Agrarstruktur- erhebung		Gemeinsame Erhebung über Boden- nutzung und Viehbestände		Agrarstruktur- erhebung	
			2003		2004		2005		2006		2007	
			L	F	L	F	L	F	L	F	L	F
Grund- Programm	Boden- nutzung	Rechtsform der Betriebe, Hauptnutzungs- und Kultur- arten (Nutzung der Gesamtfläche)	●	●	●		●	●	●		●	●
		Anbau auf dem Ackerland (Nutzung der Bodenfläche)	●		●		●		●		●	
		Stillgelegte Flächen, Zwischenfruchtanbau	●									●
	Viehbestände im Mai	Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und Geflügel	●				●				●	
		Rinder, Schweine, Schafe			●				●			
Ergänzungs- programm	Arbeitskräfte	Personengruppenkonzept	●				●				●	
	Eigentums- und Pacht- verhältnisse	an der landwirtschaftlich genutzten Fläche und derzeitige Hofpacht	●				●				●	
		innerhalb der letzten 2 Jah- re erstmals gepachtete Flä- chen und Flächen mit Pacht- entgeltänderung	●				●				●	
	Sozialökonomische Verhältnisse des Betriebes (Haupt-/ Nebenerwerb)	●				●				●		
	Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung	●								●		
	Außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen	●				●				●		
	Anfall und Aufbringung von Wirtschafts- düngern tierischer Herkunft (Festmist, Jauche, Gülle)	●				●				●		
Ökologischer Landbau	Genutzte LF nach dem ökologischen Kontrollverfahren	●				●				●		
	In die Öko-Verordnung einbezogene Tierarten	●				●				●		
Einkommens- kombinationen	Einkünfte durch wirtschaftliche Tätigkeiten im Betrieb	●				●				●		
Umwelt	Betriebliche Fördermittel	●										
	Prämien für Umweltleistungen	●										
Berufsbildung des Betriebsleiters							●					
Gartenbauerhebung ²⁾							●					
Binnenfischereierhebung ²⁾					●							

● Allgemeine Erhebung

● Repräsentative Erhebung

L: Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebe mit mindestens 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche oder mit Spezialkulturen oder Tierbeständen, wenn die festgelegten Mindestgrößen erreicht oder überschritten werden).

F: Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebe mit einer Waldfläche von 10 ha).

1) Bzw. gem. AgrStatV (Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen). — 2) Nacherhebungen der Landwirtschaftszählung 1999.

muss bezahlt werden. Auch die Erfassungskostenpositionen Druck und Versand von Erhebungsunterlagen innerhalb des Hessischen Statistischen Landesamtes (HSL) sinken nicht unbedingt. Zum Beispiel hielten im Mai 2001 — der letzten allgemeinen Erhebung — von 27 400 landwirtschaftlichen Betrieben 21 600 Betriebe Vieh. Darunter waren 13 400 Betriebe mit Rinderhaltung, aber nur 3130 Betriebe, die ausschließlich Rinderhaltung betreiben. Die anderen 10 270 Betriebe können also nicht alleine über das HIT abgedeckt werden. Des Weiteren muss permanent die betriebliche Identität der HIT meldenden Betriebe mit denen der amtlichen Statistik verglichen werden.

Siedlungs- und Verkehrsfläche wird jährlich nachgewiesen

Um dem gestiegenen Bedarf nach Raumordnungsdaten Folge zu leisten, wurde in der Novellierung des Gesetzes über Agrarstatistiken die „Ergänzung der Flächenerhebung um den jährlichen Nachweis der Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Erfüllung des Datenbedarfs für umwelt- und raumordnungspolitische Zwecke“ aufgenommen. Die erstmals 1989 nachgewiesene Position „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ umfasst die Unterpositionen „Gebäude- und Freiflächen“, „Betriebsflächen“ (ohne Abbauland), „Erholungsflächen“, „Verkehrsflächen“ und „Friedhöfe“. Faktisch bedeutet dies die Aufbereitung der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung im jährlichen Turnus und nicht wie bisher im vierjährigen Abstand⁹⁾.

Erstmals wird der Dienstleistungsgartenbau erfasst

Der Dienstleistungsgartenbau wird im Rahmen der Gartenbauerhebung im Jahr 2005 erstmals erfasst. Konkret bedeutet dies die Einbeziehung der Bereiche entsprechend der Wirtschaftszweigklassifikation 01.41.2 (Garten- und Landschaftsbau) und 01.41.3 (Erbringung von gärtnerischen Dienstleistungen (ohne Garten- und Landschaftsbau)) mittels des Unternehmensregistersystems (URS). Nach derzeitigem Stand ist damit eine Ausweitung des Berichtskreises um ca. 1200 Betriebe verbunden, wobei die zu erfassenden Merkmale die Rechtsform, die Höhe des Umsatzes sowie die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer des Betriebes sind. Innerhalb der Agrarstatistik werden damit erstmals Betriebe anhand ihrer Umsatzsteuermeldung und/oder ihrer sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erhoben. In den anderen Sektoren der Agrarstatistik ist

dies nicht möglich, da die Mehrzahl der Betriebe in der Landwirtschaft pauschalierende Betriebe¹⁰⁾ sind.

Bestimmte Merkmale der Gartenbauerhebung im Produktionsgartenbau, eine Nacherhebung der Landwirtschaftszählung 1999, werden dabei teilweise aus der im Jahr 2005 stattfindenden Agrarstrukturhebung (ASE) übernommen. Damit entfällt, insbesondere für die Betriebe, die bereits als so genannte Stichprobenbetriebe über sozioökonomische Merkmale Auskunft geben müssen, ein erheblicher Teil an doppelten Angaben. Allerdings hat die Durchführung der Gartenbauerhebung — als Strukturhebung — im Jahr 2005 auch den Nachteil, dass die Ergebnisse der allgemeinen Gemüse- und Zierpflanzenerhebung im Jahr 2004 — als Produktionserhebung — nur bedingt miteinander kombinierbar sind¹¹⁾.

Das bisherige Standardbetriebseinkommen wird nicht mehr nachgewiesen

Die bereits in den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts eingeführte nationale Betriebssystematik für die Landwirtschaft mit ihren bisherigen Klassifikationsmerkmalen wird durch das Gemeinschaftliche Klassifizierungssystem der EU abgelöst. Dieses System existiert bereits seit 1985¹²⁾, bisher wurde jedoch in der Bundesrepublik die Klassifikation sowohl nach dem nationalen Schema, so beispielsweise bei der Erstellung des Agrarberichtes der Bundesregierung, als auch bei der Erstellung des „EUROFARM“-Datensatzes nach dem EU-einheitlichen Schema durchgeführt.

Das neue gemeinschaftliche Klassifizierungssystem . . .

In der bisherigen wurde die wirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe durch die jeweiligen Standarddeckungsbeiträge (StDB) der Bodennutzung und Viehzählung und die wirtschaftliche Größe durch das Standardbetriebseinkommen (StBE) beschrieben¹³⁾.

Das neue gemeinschaftliche Klassifizierungssystem nutzt wie bislang Daten der amtlichen Statistik, insbesondere die Erhebungen über die Bodennutzung und die Viehbestände in der Abgrenzung der EG-Agrarstrukturhebung. Grundlage bilden die errechneten Standarddeckungsbeiträge, jetzt als „SDB“ bezeichnet. Die Neuberechnung bzw. Aktualisierung derselben erfolgt zu jeder EG-Agrarstrukturhebung. Die SDB je Flächen- bzw. Tiereinheit entsprechen nun den geldlichen Leistungen abzüglich der variablen Einzelkosten, ohne Berücksichtigung der Mehrwertsteuer. Dabei werden bestimmte Kostenpositionen, wie die Unterhaltung baulicher Anlagen, nicht mehr berücksichtigt. Flächenzahlungen sind bereits als Leistungsart im SDB enthalten.

Zugleich werden regionale Unterschiede in der Berechnung des SDB weniger berücksichtigt als bei der Berechnung des StDB. Der StDB wurde auf Ebene der Landkreise in fünf Leistungsklassen anhand von fünfjährigen durchschnittlichen

9) Vgl. „Struktur der Flächennutzung in Hessen“ in Staat und Wirtschaft in Hessen, 57. Jahrg., Heft 6/Juni 2002, S. 154 ff.

10) D. h. die Mehrwertsteuer der Ein- und Verkäufe wird als gleich groß angenommen. In der Landwirtschaftszählung 1999 waren von insgesamt 29 669 Betrieben 27 415 pauschalierende Betriebe.

11) Vgl. „Gartenbauerhebung 2005“ in Staat und Wirtschaft in Hessen, 56. Jahrg. Heft 6/Juni 2001, S. 200 ff.

12) Entscheidung der Kommission 85/377 vom 17.08.1985.

13) Vgl. N. Sauer, R. Uhta „Standarddeckungsbeiträge 1999/2000, Datensammlung“ 24. Auflage 2001, Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL).

Basisdaten vorgenommen. Tiefste regionale Einheit ist nun der Regierungsbezirk, dabei werden Durchschnittserträge und -erlöse für einen Dreijahreszeitraum angenommen. Inwieweit nun einerseits die Vergrößerung der Regionalisierung eine nivellierende Wirkung hat, und andererseits die Verringerung des Bezugszeitraumes eine Ursache für stärker schwankende SDB ist, kann an dieser Stelle noch nicht abgeschätzt werden.

Die bisherigen Betriebssysteme nach der Struktur des Standarddeckungsbeitrages waren in vier Stufen aufgebaut, nämlich Betriebsbereiche, -formen, -arten und -typen¹⁴⁾. Der vierstufige Aufbau der Klassifikationssystematik wird auch künftig erhalten bleiben. Die Unterscheidung erfolgt mittels Haupt-Gruppierungen, Hauptausrichtungen, Einzelausrichtungen sowie Unterteilungen bestimmter Klassen. Die Zuordnung der Betriebe zu den Betriebssystemen bzw. zukünftigen betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen erfolgt(e) aus dem Verhältnis des Standarddeckungsbeitrages einzelner Merkmalsgruppen zu dem Standarddeckungsbeitrag des Betriebes. Zukünftig werden dabei die Schwellenwerte zur Einordnung einzelner Betriebe als spezialisierte Betriebe von ehemals 75 % Anteil eines Produktionszweiges am Gesamtdeckungsbeitrag auf zwei Drittel Anteile gesenkt. Infolge dessen wird sich auch die Besetzungsdichte in den neuen Unterklassen der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ändern.

... benutzt die Europäische Größeneinheit als Vergleichgröße

Die zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Größe des Betriebes verwendete monetäre Einheit war bisher das Standardbetriebseinkommen (StBE). Dabei wurden vom StDB des Betriebes die festen Spezialkosten und Gemeinkosten differenziert nach dem Betriebssystem und der Höhe des StDB abgezogen. Das so berechnete StBE entsprach — vom Konzept her — auf der betrieblichen Ebene etwa dem Betriebseinkommen in der Buchführungsstatistik und auf sektoraler Ebene etwa der im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berechneten Nettowertschöpfung zu Faktorkosten. Diese Berechnung erfolgt zukünftig nicht mehr. Kennzeichen der wirtschaftlichen Größe des Betriebes ist nun der Standarddeckungsbeitrag SDB des Betriebes, der in Europäischen Größeneinheiten (EGE) nachgewiesen wird.

14) In der ersten Stufe wurde die Gesamtzahl der Betriebe in die **Betriebsbereiche** Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft und Kombinationsbetriebe gegliedert. Die Betriebsbereiche Landwirtschaft und Gartenbau wurden in der zweiten Stufe der Systematik nach **Betriebsformen**, wie beispielsweise Marktfruchtbau, Futterbau oder Veredlung in der Landwirtschaft, bzw. in Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulen im Gartenbau, untergliedert. Die **Betriebsart** bezog sich auf die Unterscheidung Spezial- oder Verbundbetriebe, der **Betriebstyp** unterschied nochmals nach der Intensität der Produktionsverfahren.

15) Eine AKE ist die Arbeitszeitleistung einer voll leistungsfähigen Person, die das ganze Jahr mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt ist.

16) Dem neuen Ministerium wurden, unter Beibehaltung der „traditionellen“ Aufgaben, aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen.

Eine EGE entspricht dabei 1200 Euro. Völlig EU-kompatibel wird das neue Klassifikationssystem dennoch nicht sein. Beispielsweise werden Baumschulbetriebe nicht dem Betriebsbereich Dauerkulturen zugeordnet, sondern als Gartenbaubetriebe eingestuft. Auch in der Typisierung Haupt-/Nebenerwerbsbetrieb (professionell farms) wird wie bisher die eingebrachte Arbeitsleistung mit zur Typisierung herangezogen und nicht allein die EGE.

Arbeitskräfte werden zukünftig für das gesamte Jahr erfasst

Beim Nachweis der Arbeitskräfte hatte die Agrarstatistik in der Vergangenheit gegenüber anderen Statistikbereichen den Vorteil, mittels der so genannten Arbeitskräfteinheiten (AKE)¹⁵⁾ die Arbeitsleistung von Saisonkräften über die geleisteten Stunden genauer nachzuweisen als beispielsweise über die Anzahl der Personen. Nun erfolgt jedoch die Aufgabe des Nachweises der betrieblichen Arbeitszeit in Stunden und Wochen für Einzelpersonen, die bis 2001 für die Stichprobenbetriebe zu Grunde gelegt wurde. Zukünftig findet eine Eingruppierung der beschäftigten Personen in Arbeitszeitgruppen, d. h. eine Vergrößerung der Darstellung, statt. Der Fragenkatalog über nicht ständig im Betrieb beschäftigte Personen, d. h. Personen, die in Arbeitsverhältnissen mit weniger als 3 Monaten Dauer stehen, wird sich gegenüber den Vorerhebungen 1999 und 2001 allerdings nicht ändern. Hier werden lediglich die Zahl der Beschäftigten sowie deren Arbeitsleistung in vollen Arbeitstagen getrennt nach Geschlecht für den Zeitraum eines Jahres erfasst. Des Weiteren wird in der Gesetzesnovelle eine Harmonisierung der Berichtszeiträume zwischen den verschiedenen Kategorien von Arbeitskräften in der Agrarstrukturerhebung (ständige und nicht ständige Arbeitskräfte) vorgenommen. In der Vergangenheit gab es unterschiedliche Berichtszeiträume für die Erfassung der Arbeitszeiten — bis zur Erhebung 2001 war der Monat April maßgebend —, nunmehr erfolgt der Nachweis für das gesamte Jahr. Dieses Verfahren bietet den Vorteil, dass auf Grund von einzelbetrieblichen Spezialisierungen alle Arbeitsspitzen und -täler — im Gegensatz zum Nachweis für einen bestimmten Monat — erfasst werden. Kennziffern zur Produktivität, wie z. B. AKE je 100 ha LF sind allerdings insofern eingeschränkt aussagefähig, als die Vergabe von einzelnen Arbeiten an Lohnunternehmer/Maschinenring nicht erfragt wird.

Die Agrarstatistik soll zukünftig auch die externen Effekte der landwirtschaftlichen Produktion erfassen

Spätestens seit dem Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001, verbunden mit der Umbildung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL)¹⁶⁾ hat die Begrifflichkeit der „Multifunktionalität“ des landwirtschaftlichen Sektors Einzug in die öffentliche Diskussion gehal-

ten¹⁷⁾. Multifunktionalität umschreibt dabei die Tatsache, dass (land-)wirtschaftliches Handeln vielfältige Güter und Dienstleistungen hervorbringt. Im Gegensatz zu dem mittlerweile schon fast abgenutzten Begriff der „Nachhaltigkeit“ — als zielorientiertes Konzept — wird Multifunktionalität als aktivitätsorientiertes Konzept verstanden, welches Externalitätsaspekte und Gemeingut-Eigenschaften der Produktionsprozesse ausarbeitet. So sieht auch der Vorschlag der Kommission der EU über das Statistische Programm der Gemeinschaft für die Jahre 2003—2007 vor¹⁸⁾, dass Statistiken entwickelt werden, die die Analyse der wechselseitigen Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Umwelt ermöglichen. Dabei wird in erster Linie an die Verbesserung der Statistiken über

- den Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden,
 - den ökologischen Landbau,
 - Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und
 - Maßnahmen zur Erhaltung von ländlichen Lebensräumen
- gedacht.

Einzelne Merkmalskomplexe der o. g. Bereiche sollen dabei beginnend mit der Agrarstrukturhebung 2003 erfragt werden. Die Landwirtschaftszählung 1999 wies dahingehend noch methodische Schwächen¹⁹⁾ auf, sodass die Tierhaltung²⁰⁾ und die in der Umstellung befindlichen Flächen der ökologisch wirtschaftenden Betriebe nicht adäquat abgebildet werden konnten. Mit einem erweiterten Fragenkatalog ist dies künftig darstellbar, insbesondere kann mittels der in der Umstellung befindlichen Flächen eine Voraus-schätzung der Produktionsentwicklung für die nächsten zwei Jahre gegeben werden. Weiterhin neu erfragt werden, beginnend 2003 in den Stichprobenbetrieben, Merkmale

17) OECD-Study: Multifunctionality: Towards an Analytical Framework, 2001; in Pressedienst BMVEL: www.verbraucherministerium.de/aktuelles/oecd-text.pdf.

18) Bundesratsdrucksache 289/02 vom 02.04.02, Seite 17.

19) Vgl. „Ökologischer Landbau in Hessen 1999“ in Staat und Wirtschaft, 56. Jahrg., Heft 10/Okttober 2001, Seite 346 ff.

20) Die Verordnung (EG) Nr. 1804/1999 des Rates zur Einbeziehung der tierischen Erzeugung in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel wurden am 19. Juli 1999 im Agrarrat verabschiedet. Die Kernpunkte der Regelung betreffen beispielsweise die flächengebundene Tierhaltung oder ein generelles Verbot der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen und auf deren Grundlage hergestellter Erzeugnisse bei Öko-Produkten. Die neue Verordnung gilt erst seit dem 24. August 2000.

21) Nach den Zielbestimmungen des Art. 22 der VO 1257/99 dienen die o. a. Beihilfen dazu,

- eine Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen zu fördern, die mit dem Schutz und der Verbesserung der Umwelt, der Landschaft und ihrer Merkmale, der natürlichen Ressourcen, der Böden und der genetischen Vielfalt vereinbar ist;
- eine umweltfreundliche Extensivierung der Landwirtschaft und eine Weidewirtschaft geringer Intensität zu fördern;
- bedrohte, besonders wertvolle landwirtschaftlich genutzte Kulturlandschaften zu erhalten;
- die Landschaft und historische Merkmale auf landwirtschaftlichen Flächen zu erhalten;
- die Umweltplanung in die landwirtschaftliche Praxis einzubeziehen.

22) Das Göteborg-Protokoll wird in der EU durch die Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Luftschadstoffe umgesetzt. Nach der englischen Bezeichnung „national emission ceilings“ ist sie auch als „NEC-Richtlinie“ bekannt. www.wko.at/...

23) Von der Bundesregierung am 1.12.1999 gezeichnet. Festgelegt ist eine 27%ige Senkung der NH₃ Emissionen bis zum Jahr 2010, bezogen auf das Referenzjahr 1990, DLG-Mitteilungen 5/2002, Seite 14 ff.

aus dem Bereich „Ländliche Entwicklung und Umwelt“. Dies sind z. B. andere Erwerbstätigkeiten des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten, die direkt in Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Betrieb stehen, wie die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder die Erzeugung von erneuerbaren Energien. Gleichfalls sollen Fragen über den Prämiensatz für umweltrelevante Verpflichtungen oder Pflegemaßnahmen gestellt werden. Hierbei handelt es sich um die Neuaufnahme von Fragen zu Maßnahmen, die einem Betrieb im Rahmen einer Beihilferegelung eines Mitgliedstaates der EU im Sinne von Artikel 22 bis 24 der Verordnung Nr. 1257/1999 (ABl. EG L 160/80) oder ggf. neueren oder entsprechenden älteren Rechtsvorschriften gezahlt werden. Beihilfen für den ökologischen Landbau sind jedoch ausgeschlossen²¹⁾. In Hessen sind beispielsweise Teile des Hessischen Kulturlandschaftsprogramms (HEKUL) oder des Hessischen Landschaftspflegeprogramms (HELP) Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung. In der konkreten Ausgestaltung bedeutet dies z. B. bei extensiver Grünlandnutzung Auflagen wie:

- 0,3 bis 1,4 rauhutterfressende Großvieheinheiten (RGV) je ha Hauptfutterfläche,
- höchstens 60 kg mineralischen Stickstoff je ha Dauergrünland,
- Begrenzung der Dungmenge auf Dauergrünland (Menge von 1,4 GV/ha),
- Einschränkung der zugelassenen Pflanzenschutzmittel auf Dauergrünland.

Darüber hinaus werden neben dem noch in der Planungsphase befindlichen Statistischen Programm für die Jahre 2003—2007 zukünftig auch die Richtlinie 2001/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 über nationale Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie²²⁾, das UN-ECE-Protokoll zur Bekämpfung von Versauerung, Eutrophierung und boden-nahem Ozon (Multikomponenten-Protokoll²³⁾ sowie multinationale Verpflichtungen der Bundesregierung im Rahmen des Kyoto-Protokolls (Emissionsinventaren) das agrarstatistische Erhebungsprogramm erweitern. Der derzeitige Planungsstand sieht vor, dass im Rahmen von Repräsentativerhebungen landwirtschaftliche Betriebe unter anderem zu folgenden umweltrelevanten Aspekten befragt werden:

- Bodenbearbeitung, d. h. Mulchsaat, pfluglose Verfahren,
- Stallhaltungsformen in der Milchvieh- und Mastschweinehaltung,
- Fragen zur Gülleausbringtechnik und Güllelagerabdeckung.

Die zu erhebenden Merkmale zielen dabei vor allem auf die Erfassung so genannter kritischer Belastungen bzw. Einträge (Critical-Loads), wobei im Bereich der Landwirtschaft insbesondere Ammoniak (NH₃) von Bedeutung ist. NH₃ wird ganz überwiegend im Bereich der Tierhaltung emittiert, speziell

aus der Rinderhaltung. Das Land Hessen wird dabei auf Grund des sehr geringen Viehbesatzes sicherlich nicht im Blickpunkt der Betrachtung stehen. Zum Stichtag 03. Mai 1999 wurden für Hessen 53 Großvieheinheiten (GV) je 100 ha LF aus der Rinderhaltung ermittelt, während für Niedersachsen 72 GV je 100 ha LF und in Bayern sogar 87 GV je 100 ha LF ermittelt wurden. Noch deutlicher wird der unterschiedliche Viehbesatz in der Milchviehhaltung. Während in Hessen 23 GV je 100 ha LF aus der Milchviehhaltung ermittelt wurden, betrug diese Kennziffer in Bayern 44 GV je 100 ha LF. Die Anbindung der geplanten Erhebungen an die Agrarstrukturserhebungen und hier an die Stichprobenbetriebe liefert allerdings auf Grund des Auswahlplans — der auf die Messung der landwirtschaftlichen Produktion abgestimmt ist — hinsichtlich bestimmter Fragestellungen, wie Stallhaltungsformen, verzerrte Antworten und ist daher aus methodischer Sicht kritisch zu hinterfragen.

Resümee

Die eingangs genannten Zielsetzungen, die mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes verbunden waren, nämlich die Umsetzung von Europäischem Recht sowie die Neuaufnahme von Erhebungsmerkmalen, die einen sich aus neuen politischen Gesichtspunkten ergebenden Datenbedarf befriedigen, können als erfüllt gelten. Aufgabe der amtlichen Statistik ist auch die Effektivitätsmessung staatlichen Handelns. Insofern ist es konsequent, dass die Agrarstatistik mit

der Neuaufnahme von Merkmalen damit beginnt, die Fördermittelkulisse der so genannten zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) darzustellen. Die Harmonisierung von Erfassungsgrenzen bedingt natürlich einen weiteren Informationsverlust gegenüber den älteren Erhebungen, der jedoch innerhalb des Gesetzgebungsverfahrens in Kauf genommen wurde. Die weitere Entlastung der Auskunftspflichtigen durch den Wegfall von Erhebungen ist nur teilweise gelungen. „Verlierer“ der Gesetzesnovelle sind die Stichprobenbetriebe — überwiegend Haupterwerbsbetriebe —, die nun auf Grund der neu hinzugekommenen Merkmale hinsichtlich der Auskunftspflicht stärker belastet werden, als dies vorher der Fall war. Diese erweiterte Auskunftspflicht kann nicht allein durch die Möglichkeit der Schaffung der weitergehenden Nutzung von Verwaltungsdaten kompensiert werden, da zum einen in der Nutzung der HIT-Daten noch immenser Forschungsbedarf besteht, zum anderen die Datennutzung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) von dem Arbeitsfortschritt der entsprechenden Verwaltungsbehörden abhängt. Des Weiteren bedarf die Umstellung bestimmter agrarstatistischer Erhebungen auf sekundärstatistische Daten einer Planungssicherheit bei der Lieferung erforderlichen Erhebungsmerkmale durch die Verwaltungsbehörden. Auf Grund der aktuellen agrarpolitischen Diskussion (Osterweiterung der EU, Midterm-Review) ist diese Planungssicherheit derzeit nur eingeschränkt gewährleistet. □

Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe

Die männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe verdienten im April 2002 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Dabei stiegen die Verdienste der Angestellten stärker als die der Arbeiter und die der Frauen stärker als die der Männer. Spitzenverdienste wurden im Fahrzeugbau und der Chemischen Industrie erzielt, während das Textil- und Bekleidungs-gewerbe und das Ledergewerbe am Ende der Verdienstskala lagen.

Entwicklung der Verdienste im Produzierenden Gewerbe

Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten in der hessischen Industrie, im Hoch- und Tiefbau sowie in der Energie- und Wasserversorgung (Produzierendes Gewerbe ohne Handwerk) verdienten im April dieses Jahres einschl. aller Zulagen und Zuschläge im Durchschnitt 2914 Euro brutto pro Monat. Das waren 1,8 % mehr als ein Jahr zuvor.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer¹⁾ im Produzierenden Gewerbe²⁾ in Hessen

Monat	Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst		Zunahme gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres
	Euro		%
2001	Januar	2 835	2,0
	April	2 863	1,6
	Juli	2 879	1,1
	Oktober	2 883	1,3
2002	Januar	2 886	1,8
	April	2 914	1,8

1) Arbeiterinnen und Arbeiter sowie männliche und weibliche Angestellte zusammen. — 2) Ohne Handwerk.

Nach Modellrechnungen blieben einem verheirateten Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern von diesem durchschnittlichen Bruttoverdienst 2001 Euro netto übrig. Das waren 0,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich ein Nettoverdienst von 1624 Euro und damit 0,3 % mehr als ein Jahr zuvor. Bei diesen Modellrechnungen wurden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttoverdienst abgezogen. Das Kindergeld spielt für die Berechnung der Nettoverdienste seit 1996 keine Rolle mehr. Das Kindergeld wird im Zahlenwerk der Volkswirtschaftlichen

1) Bei diesen Modellrechnungen wurde als Krankenkasse die AOK Hessen gewählt. Bei Wahl einer anderen Krankenkasse mit anderen Beitragssätzen würden sich andere Ergebnisse der Modellrechnungen ergeben.

Gesamtrechnung jetzt wieder als soziale Leistung (Transfer) des Staates ausgewiesen und ist demnach kein Bestandteil der Nettolöhne und -gehälter mehr. Die unterschiedliche Entwicklung von Brutto- und Nettoverdiensten ist vor allem auf die gegenüber April 2001 etwas stärkere Belastung bei der Lohnsteuer und den Anstieg des Beitragssatzes bei der Krankenversicherung (AOK) zurückzuführen¹⁾. Da die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise im April 2002 um 1,6 % höher als ein Jahr zuvor waren, ergibt sich für das Ehepaar mit zwei Kindern ein Rückgang des preisbereinigten Netto-Realverdienstes um 0,7 %, für den alleinstehenden Arbeitnehmer von - 1,3 %.

Die im Jahresvergleich gemessene Zunahme des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes hat sich für die Arbeitnehmer insgesamt in den ersten Monaten des Jahres 2002 nur wenig geändert. Im Januar 2002 war der Durchschnittsverdienst um 1,8 % höher als ein Jahr zuvor, und auch 2001 hatten die Zunahmeraten gegenüber dem jeweils gleichen Monat des Vorjahres zwischen der Ein- und Zwei-Prozent-Marke gelegen.

Verdienste der Angestellten stärker als die der Arbeiter gestiegen

Hinter dem Gesamtdurchschnitt verbergen sich starke Entwicklungsunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten: Der Durchschnittsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe war im April 2002 mit 2446 Euro nur um 0,1 % höher als ein Jahr zuvor, während der der kaufmännischen und technischen Angestellten um 2,9 % auf 3664 Euro stieg. Dass dieser stärkere Anstieg der Angestelltenverdienste gegenüber den Arbeiterverdiensten

Entwicklung des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten im Produzierenden Gewerbe¹⁾ in Hessen (Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in %)

Monat	Arbeiterinnen und Arbeiter			Kaufmännische und technische Angestellte			
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
2001	Januar	1,9	2,0	2,0	2,5	2,3	3,2
	April	1,5	1,5	1,5	2,4	2,4	2,9
	Juli	0,4	0,2	1,4	2,3	2,1	2,9
	Oktober	0,3	0,2	1,1	2,6	2,4	3,1
2002	Januar	0,4	0,3	1,2	2,8	2,5	3,1
	April	0,1	-0,0	1,3	2,9	2,5	3,5

1) Ohne Handwerk.

Veränderung des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten in Hessen im April 2002 gegenüber April 2001 nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Wirtschaftsgruppe	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
	Arbeiter ¹⁾	Angestellte ²⁾
Produzierendes Gewerbe	0,1	2,9
darunter		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 0,2	- 4,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2,7	1,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe	5,3	2,7
Ledergewerbe	2,1	2,4
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	0,3	1,2
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	- 1,0	2,5
Chemische Industrie	4,5	4,3
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1,3	2,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	- 0,5	2,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metall- erzeugnissen	0,9	1,6
Maschinenbau	- 3,2	0,1
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2,6	1,9
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	0,8	3,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	- 2,3	6,0
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik; Optik	0,3	4,7
Fahrzeugbau	- 3,0	2,6
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	- 2,7	2,7
Recycling	3,8	5,5
Energie- und Wasserversorgung	4,0	5,9
Hoch- und Tiefbau ³⁾	1,5	0,7

1) Männer und Frauen. — 2) Männer und Frauen sowie kaufmännische und technische Angestellte zusammen. — 3) Im Hoch- und Tiefbau werden keine Arbeiterinnen erfasst.

keine einmalige Erscheinung war, zeigt sich daran, dass schon seit Mitte 2000 die Verdienste der Angestellten gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres deutlich stärker als die der Arbeiter gestiegen waren.

In einzelnen *Wirtschaftsgruppen* waren die Entwicklungsunterschiede noch stärker: So ist in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter von April 2001 bis April 2002 um 2,3 % gesunken, während der der kaufmännischen und technischen Angestellten im gleichen Zeitraum um 6,0 % zugenommen hat. Aber auch im Fahrzeugbau sank der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter um 3,0 %²⁾, während der der Angestellten um 2,6 % stieg.

Abweichend von der durchschnittlichen Entwicklung im Produzierenden Gewerbe sind in der Chemischen Industrie, der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, dem Hoch- und Tiefbau³⁾, dem Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung sowie dem Textil- und Bekleidungsgewerbe die Verdienste der Arbeiter stärker als die der Angestellten gestiegen. Auch im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden war die Verdienstentwicklung für Arbeiter positiver als für Angestellte: Die

Durchschnittsverdienste der Arbeiter sind von April 2001 auf April 2002 nicht so stark wie die der Angestellten gesunken (- 0,2 bzw. - 4,2 %).

Ausschlaggebend für den geringeren durchschnittlichen Verdienstanstieg der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe war die Entwicklung bei den männlichen Arbeitern. Der im Jahresvergleich gemessene Verdienstanstieg ging bei diesen im Verlauf des Jahres 2001 stark zurück und verharrte in den ersten Monaten des Jahres 2002 auf diesem niedrigen Stand, während er bei den Arbeiterinnen sowie den männlichen und weiblichen Angestellten fast unverändert blieb. Weil über 87 % der gewerblichen Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe Männer sind (gegenüber gut 74 % bei den Angestellten), schlug dieser Verdiensteinbruch deutlich auf das Gesamtergebnis für Arbeiterinnen und Arbeiter durch.

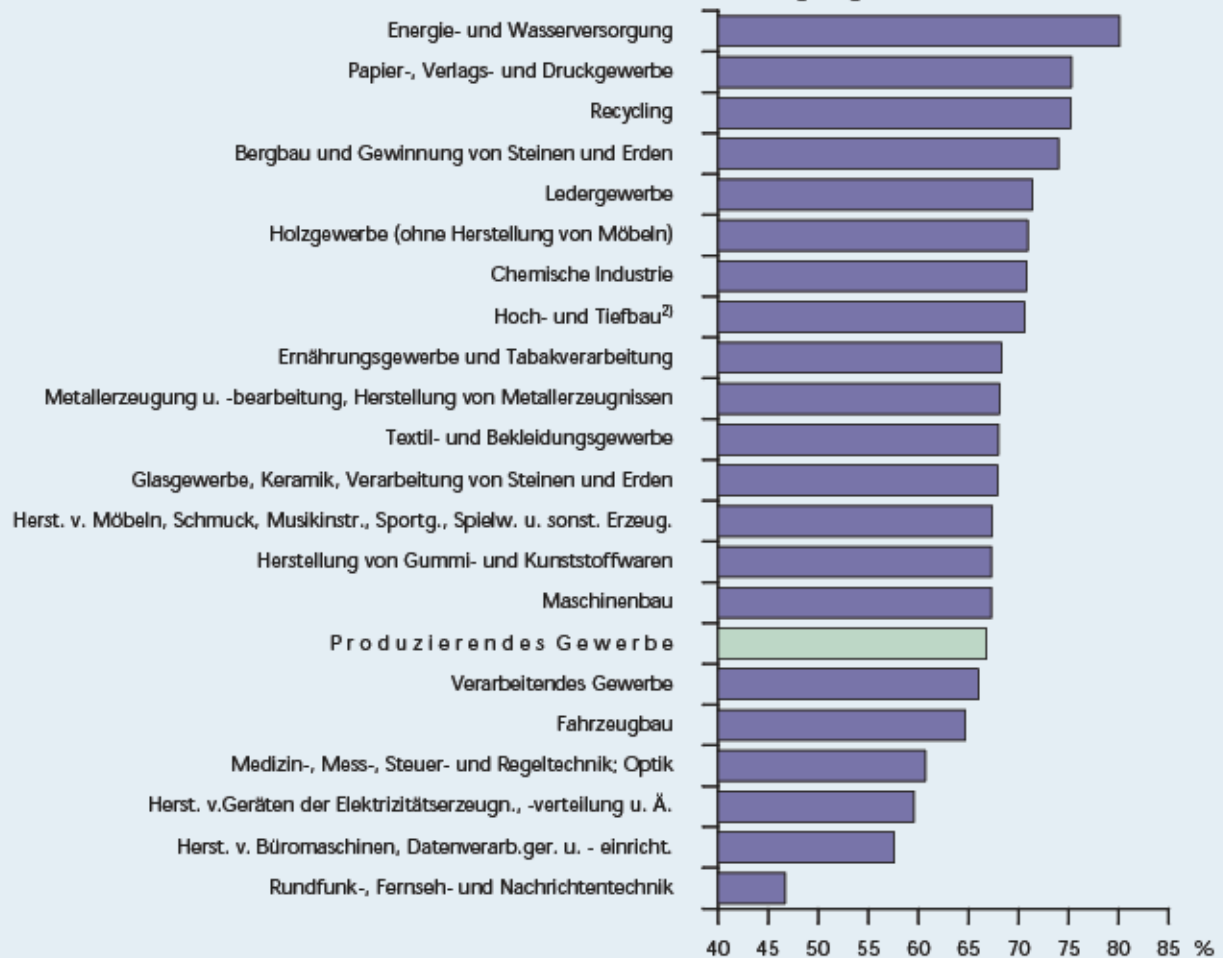
Sowohl bei Arbeitern als auch bei Angestellten Verdienste der Frauen stärker als die der Männer gestiegen ...

Während der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der männlichen *Arbeiter* im Produzierenden Gewerbe von April 2001 bis April 2002 unverändert blieb, nahm der der Arbeiterinnen um 1,3 % zu. Dabei hatte die Verdienstentwicklung der Bauarbeiter³⁾ eine wichtige Rolle: Ohne ihre Berücksichtigung und ohne die allerdings sehr viel geringere Zahl der männlichen Arbeiter in der Energie- und Wasserversorgung

2) Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst hat sogar um 5,7 % abgenommen.

3) Im Hoch- und Tiefbau werden keine Arbeiterinnen erfasst.

Anteil des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes der Arbeiter¹⁾ an dem der Angestellten¹⁾ in Hessen im April 2002 nach Wirtschaftsbereichen in Rangfolge



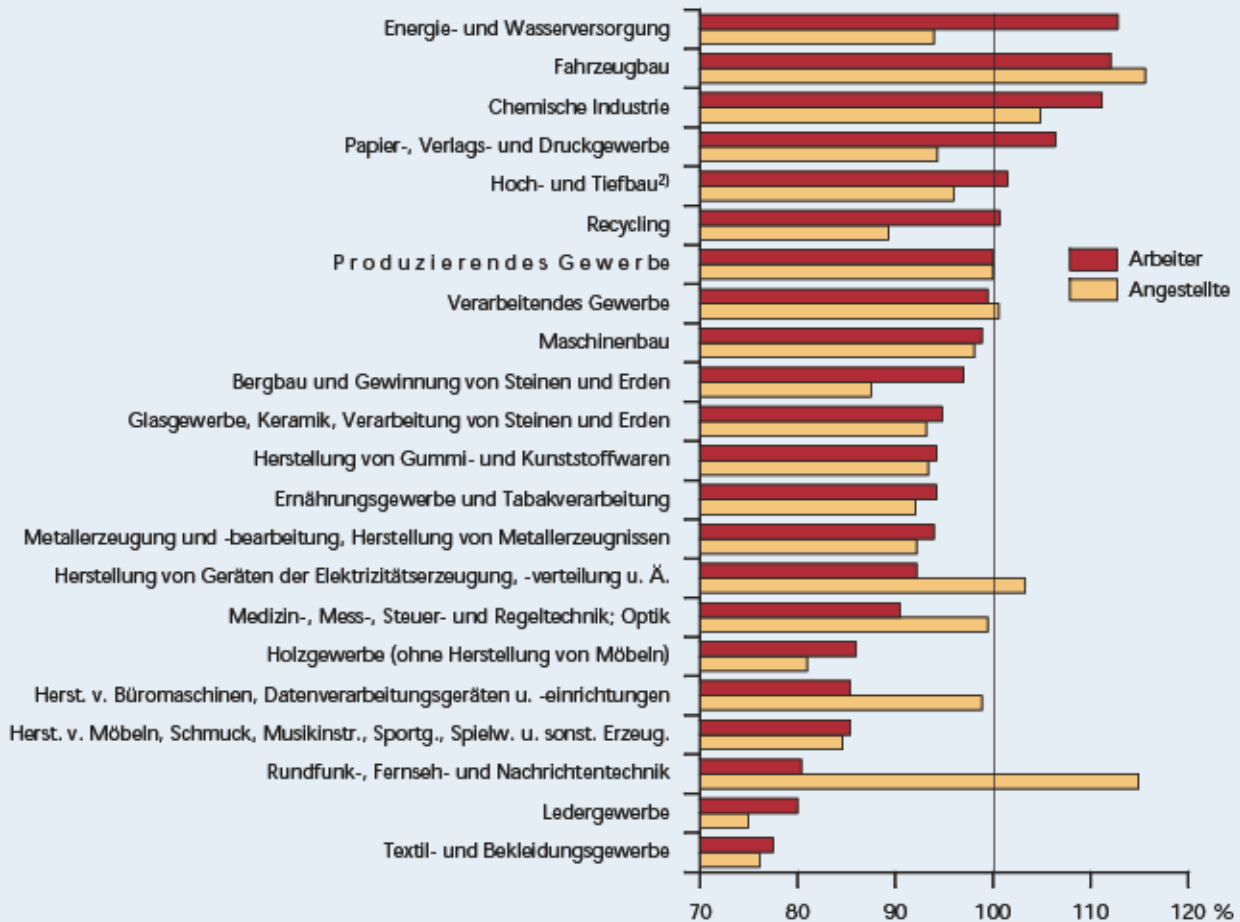
1) Männer und Frauen zusammen. - 2) Im Hoch- und Tiefbau werden keine Arbeiterinnen erfasst.

HSL 75/02

sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden wäre der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der männlichen Arbeiter sogar um 0,5 % zurückgegangen. Im Einzelnen überstieg in der Energie- und Wasserversorgung, dem Textil- und Bekleidungs-gewerbe sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung der Verdienstanstieg für Frauen den für Männer besonders stark. Auch in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren war der Verdienstanstieg für Arbeiterinnen (+ 2,0 %) größer als für Arbeiter (+ 1,0 %). In der Chemischen Industrie, der Herstellung von Metallerzeugnissen sowie bei der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, der Elektrotechnik, der Feinmechanik und der Optik war er für Arbeiterinnen und Arbeiter etwa gleich groß. Im Maschinenbau sowie dem Fahrzeugbau sind die Durchschnittsverdienste dagegen sowohl bei Arbeiterinnen als auch bei Arbeitern zurückgegangen (für Männer allerdings sehr viel stärker als für Frauen).

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der kaufmännischen und technischen männlichen *Angestellten* im Produzierenden Gewerbe war im April 2002 um 2,5 % und der der weiblichen Angestellten um 3,5 % höher als ein Jahr zuvor. Unter den beschäftigungstärksten Wirtschaftszweigen war die Verdienstentwicklung in der Chemischen Industrie (Männer + 4,1 % und Frauen + 4,4 %) sowie der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, der Elektrotechnik sowie der Feinmechanik und Optik (Männer + 4,2 %, Frauen + 3,9 %) für männliche und weibliche Angestellte sehr ähnlich. In der Chemischen Industrie stimmte auch die Verdienstentwicklung von Arbeitern und Angestellten fast überein. Im Fahrzeugbau war das Durchschnittsgehalt der männlichen Angestellten im April 2002 um 2,4 % und das der weiblichen Angestellten um 3,4 % höher als ein Jahr zuvor. Im Maschinenbau sank es dagegen für die männlichen Angestellten um 0,1 %, während es für die weiblichen Angestellten um 1,1 % stieg.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste von Arbeitern¹⁾ sowie Angestellten¹⁾ in Hessen
im April 2002 nach Wirtschaftsbereichen
(Durchschnittsverdienst der Arbeiter bzw. Angestellten im Prod. Gewerbe = 100)



1) Männer und Frauen zusammen. - 2) Im Hoch- und Tiefbau werden keine Arbeiterinnen erfasst.

HSL 76/02

... aber Durchschnittsverdienst der Frauen sowohl bei Arbeitern als auch Angestellten nur bei 75 % des Männerverdienstes

Mit 1898 Euro lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen im Produzierenden Gewerbe im April 2002 nur bei 75,1 % des Durchschnittsverdienstes der männlichen Arbeiter, die 2526 Euro verdienen. Die weiblichen Angestellten kamen mit 2939 Euro auf ebenfalls 75,1 % des Durchschnittsverdienstes der männlichen Angestellten, der bei 3915 Euro lag⁴⁾. Vor zehn Jahren (im April

4) Fasst man Arbeiter und Angestellte zu Arbeitnehmern zusammen, errechnet sich für Arbeitnehmerinnen ein durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von 2479 Euro, der bei 82,4 % des entsprechenden Durchschnittsverdienstes der männlichen Arbeitnehmer liegt, die auf 3007 Euro kamen. Dieses auf den ersten Blick unplausible Ergebnis erklärt sich durch einen kräftigen Struktureffekt: Weil der Anteil der Frauen bei den (besserverdienenden) Angestellten ungefähr doppelt so groß ist wie bei den Arbeitern (25,8 % zu 12,7 %), wird der Durchschnittsverdienst der Frauen bei der Durchschnittsbildung für Arbeitnehmerinnen „nach oben gezogen“. Entsprechendes gilt umgekehrt für den Durchschnittsverdienst der männlichen Arbeitnehmer.

1992) hatte dieser Anteil bei den Arbeitern noch 71,5 % und bei den Angestellten 69,0 % betragen. Während er bei den Angestellten seitdem fast kontinuierlich gestiegen ist, wurde bei den Arbeitern die 75-Prozent-Grenze im Januar 1994 erreicht, anschließend wieder unterschritten, im weiteren Zeitverlauf aber auch wiederholt überschritten. In diesem Zusammenhang spielt die unterschiedliche Zuordnung der männlichen und weiblichen Arbeitnehmerschaft zu den lohnstatistischen Leistungsgruppen eine Rolle. Sie erfolgt auf der Grundlage der tariflichen Eingruppierung bzw. bei freier Vereinbarung nach der Qualifikation der Beschäftigten. Während im April 2002 gut 64 % der männlichen Arbeiter im Produzierenden Gewerbe in die oberste erfasste Leistungsgruppe (Facharbeiter) eingestuft waren, lag dieser Anteil bei den Arbeiterinnen nur bei gut 14 %. Umgekehrt gehörten 44,6 % der Arbeiterinnen, aber nur 8,5 % der Arbeiter der untersten Leistungsgruppe (Hilfsarbeiter) an. Bei den

kaufmännischen und technischen Angestellten waren 52 % der Männer, aber nur 21,5 % der Frauen in die oberste Leistungsgruppe eingestuft und damit mit Führungsaufgaben beauftragt. Hingegen gehörten nur 6,4 % der männlichen Angestellten, aber 23,1 % der weiblichen Angestellten den beiden untersten Leistungsgruppen an. Im Vergleich zur Situation vor zehn Jahren (im April 1992) hat sich bei beiden Geschlechtern — vor allem aber bei den weiblichen Angestellten — die Qualifikation verbessert: Damals gehörten knapp 59 % der männlichen und gut 9 % der weiblichen Arbeiter der obersten und 8,9 % bzw. 47,0 % der untersten Leistungsgruppe an. Bei den Angestellten gehörten 50,8 % der Männer, aber nur 14,3 % der Frauen zur obersten und 6,4 % bzw. 28,4 % zur untersten Leistungsgruppe.

Spitzenverdienste im Fahrzeugbau

Sowohl bei Arbeitern als auch bei Angestellten wurden die für das Produzierende Gewerbe ermittelten Durchschnittsverdienste in den verschiedenen Wirtschaftszweigen in un-

5) Dabei lag der Durchschnittsverdienst der Angestellten um 14,9 % über, der der Arbeiter aber um 19,6 % unter dem jeweiligen Durchschnittswert im Produzierenden Gewerbe.

terschiedlichem Ausmaß über- bzw. unterschritten. Dabei ist die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach der Höhe der jeweils erzielten durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste für Arbeiter bzw. Angestellte unterschiedlich. Die stärksten Abweichungen gab es für die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, die bei den Angestellten in der Spitzengruppe der Verdienstskaala, bei den Arbeitern aber fast am Ende lag⁵⁾. Auch bei der Herstellung von Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen und der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung war der Rang der Angestelltenverdienste erheblich besser als der der Arbeiterverdienste. Andererseits hatten bei der Energie- und Wasserversorgung und dem Recycling die Arbeiter eine wesentlich bessere relative Verdienstposition als die Angestellten. Eine herausragende Position nahm der Fahrzeugbau ein, der bei den Angestellten an der Spitze und bei den Arbeitern auf Rang zwei der Verdienstskaala lag. Die Chemische Industrie stand sowohl bei Arbeitern als auch Angestellten ebenfalls am oberen Ende der Verdienstskaala. Das Ledergewerbe und das Textil- und Bekleidungs-gewerbe nahmen jeweils die beiden letzten Plätze ein. Bei den Arbeitern war das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, bei den Angestellten das Ledergewerbe das Schlusslicht. □

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 6,00 Euro, Jahresabonnement (2 Hefte) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

Neu: Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 6,00 Euro bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-109

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Asylbewerber in Hessen Ende 2001

Am Jahresende 2001 wurden in Hessen nur noch knapp 30 000 Personen gezählt, die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhielten. Dieser Personenkreis wird in der Folge verkürzt als „Asylbewerber“ bezeichnet, obwohl ab Mitte 1997 auch Bürgerkriegsflüchtlinge in den Leistungsbereich des AsylbLG einbezogen wurden¹⁾. Damit standen ihnen ebenfalls nur noch dessen — in der Regel gegenüber den bis dahin üblichen vollen Sozialhilfesätzen — abgesenkte Leistungen zu. Zwar ist durch die zwischenzeitliche Ausweitung des Empfängerkreises ein Vergleich mit früheren Daten nur eingeschränkt möglich, doch hat sich die insgesamt rückläufige Entwicklung seit der Neuregelung des Asylrechts im Jahr 1994 nochmals fortgesetzt; sie wird im Jahresvergleich allerdings etwas überzeichnet, weil im Zusammenhang mit der vorgesehenen Neuregelung der pauschalierten Kostenerstattung des Landes an die kreisfreien Städte und Landkreise in einigen Fällen Bestandsbereinigungen vorgenommen wurden. Mit einem Minus von 9 400 Personen oder fast einem Viertel war der mit Abstand stärkste Rückgang innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten des AsylbLG zu verzeichnen.

Innerhalb des gesamten Zeitraums seit 1994 ist damit die Zahl der Asylbewerber um mehr als 18 200 oder 38 % gesunken. Dabei hatte es in zwei Jahren sogar Zuwächse gegeben, nämlich zunächst 1995 — möglicherweise infolge einzelner Untererfassungen beim Start der Erhebung — und dann nochmals im bereits erwähnten Jahr 1997 auf Grund der gesetzlichen Änderungen. Im Vergleich zu diesem Jahr, als mit über 53 300 Personen der bisher höchste Stand erreicht worden war, hat sich die Empfängerzahl sogar um über 23 400 oder 44 % reduziert. Während bis zum Jahr 2000 die Abnahme bei den Männern immer stärker ausfiel als bei den Frauen und sich damit deren Anteil an allen Asylbewerbern jährlich leicht erhöhte, hat sich dieser Trend im Jahr 2001 wieder umgekehrt. Trotzdem hatten die Männer mit einem Anteil von zuletzt 55 % bei Weitem noch nicht wieder den Wert von 1994 (61 %) erreicht.

Auch wenn die Auswirkungen des Balkankonflikts in gewissem Umfang weiterhin zu spüren sind, hat doch die Rückkehr des größten Teils der Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre Heimat entscheidend zum Rückgang der Leistungsempfänger beigetragen. Das lässt sich an den Daten der einzelnen Herkunftsländer erkennen. Schon die grobe Untergliederung nach Erdteilen macht die kräftige Verschiebung gegenüber dem Vorjahr augenfällig (vgl. Schaubild auf Seite 289): In erster Linie hat der überdurchschnittliche Rückgang von Flücht-

Regelleistungsempfänger in Hessen von 1994 bis 2001 nach Geschlecht

Jahr ¹⁾	Insgesamt		davon			
	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	männlich		weiblich	
			Anzahl	%	Anzahl	%
1994	48 135	—	29 346	61,0	18 789	39,0
1995	52 116	8,3	30 659	58,8	21 457	41,2
1996	49 956	- 4,1	28 714	57,5	21 242	42,5
1997	53 335	6,8	29 598	55,5	23 737	44,5
1998	47 354	- 11,2	26 195	55,3	21 159	44,7
1999	45 607	- 3,7	24 836	54,5	20 771	45,5
2000	39 286	- 13,9	21 255	54,1	18 031	45,9
2001	29 893	- 23,9	16 386	54,8	13 507	45,2

1) Jeweils am Jahresende; seit 1997 einschl. Bürgerkriegsflüchtlingen.

lingen aus (Südost-)Europa um allein mehr als 7500 Personen dazu geführt, dass auf die europäischen Herkunftsländer (einschl. der Türkei) zusammen mit knapp 15 300 nur noch 51 % aller Asylbewerber entfielen. Das waren — bei einer Abnahmerate von einem Drittel — 7 Prozentpunkte weniger als Ende 2000. Aus asiatischen Ländern stammten am Jahresende 2001 gut 10 300 und aus afrikanischen Ländern 3300 Asylbewerber. Damit war die Zahl der aus Asien kommenden Personen um 1060 oder 9 % und der aus Afrika kommenden um gut 700 oder 18 % gegenüber dem Vorjahr gesunken; wegen der relativ schwächeren Abnahme haben sich die Anteile dieser beiden Kontinente jedoch nochmals ausgeweitet, und zwar auf 35 bzw. 11 %. Die übrigen nahezu unverändert etwa 1000 Asylbewerber waren — bis auf wenige Personen aus Mittel- oder Südamerika — staatenlos oder von ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Die drei wesentlichen europäischen Herkunftsstaaten, nämlich Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Bosnien-Herzegowina und die Türkei waren am Gesamtrückgang zu 77 % und am Rückgang innerhalb Europas sogar zu 96 % beteiligt. Im Einzelnen wurden von dort 3200, gut 2800 bzw. über 1200 Asylbewerber weniger gezählt als Ende 2000. Das entsprach — in der genannten Reihenfolge — Abnahmeraten von einem Drittel, zwei Dritteln bzw. einem Sechstel. Trotzdem stellten diese drei Länder zusammen mit 14 100 Personen oder einem Anteil von 47 % unverändert das Gros aller Asylbewerber; unter denjenigen aus Europa betrug ihr Anteil noch immer über 92 %. Infolge des starken Rückgangs auf unter 1300 Personen wurde Bosnien-Herzegowina in seiner Bedeutung als Herkunftsland von drei asiatischen Staaten überholt, obwohl auch für sie rückläufige Zahlen gemeldet wurden, nämlich von Afghanistan trotz einer Abnahme um 9 % auf 2650 Personen, Pakistan (- 14 %) mit 1460 und Iran (- 3 %) mit 1360. Bei einer Reihe von Ländern mit geringeren absoluten Zahlen waren aber die Abnahmeraten noch deutlich höher, wie beispielsweise Sri Lanka (- 45 %), Albanien (- 40 %), Vietnam (- 31 %) oder Kongo und Somalia (jeweils

*Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

1) „Erstes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I S. 1130).

Regelleistungsempfänger in Hessen 2000 und 2001 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit

Ausgewählte Staatsangehörigkeit	Regelleistungsempfänger am			
	31. Dezember 2000		31. Dezember 2001	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾
Albanien	254	0,6	152	0,5
Bosnien-Herzegowina	4 131	10,5	1 293	4,3
Jugoslawien	10 010	25,5	6 810	22,8
Rumänien	143	0,4	103	0,3
Russische Föderation	316	0,8	377	1,3
Türkei	7 212	18,4	5 978	20,0
Übriges Europa	742	1,9	546	1,8
Europa z u s a m m e n	22 808	58,1	15 259	51,0
Äthiopien	1 146	2,9	896	3,0
Algerien	299	0,8	243	0,8
Angola	176	0,4	141	0,5
Eritrea	487	1,2	520	1,7
Kongo, Dem. Rep. (Zaire)	437	1,1	314	1,1
Somalia	651	1,7	470	1,6
Übriges Afrika	838	2,1	719	2,4
Afrika z u s a m m e n	4 034	10,3	3 303	11,0
Afghanistan	2 907	7,4	2 648	8,9
Armenien	790	2,0	608	2,0
Aserbeidschan	288	0,7	291	1,0
China (eirschl. Tibet)	233	0,6	251	0,8
Georgien	468	1,2	382	1,3
Irak	99	0,3	380	1,3
Iran	1 399	3,6	1 362	4,6
Jemen	642	1,6	619	2,1
Libanon	351	0,9	302	1,0
Pakistan	1 698	4,3	1 457	4,9
Sri Lanka	661	1,7	360	1,2
Syrien	836	2,1	809	2,7
Vietnam	350	0,9	241	0,8
Übriges Asien	677	1,7	632	2,1
Asien z u s a m m e n	11 399	29,0	10 342	34,6
Übrige Staaten ²⁾	1 045	2,7	989	3,3
I n s g e s a m t	39 286	100	29 893	100

1) Anteil an den Regelleistungsempfängern am Jahresende. — 2) Einschl. unbekannter Staatsangehörigkeit und staatenlos.

– 28 %). Andererseits war in Einzelfällen durchaus auch eine Zunahme von Asylbewerberzahlen festzustellen, wie in geringem Maße für Eritrea oder China, in schon stärkerem für die Russische Föderation (+ 19 %). Gegenüber dem Jahresende 2000 sogar nahezu vervierfacht hat sich — allerdings von einem recht niedrigen Ausgangsniveau aus — die Zahl

2) Die Altersgliederung der Gesamtbevölkerung bezieht sich auf den Stand am 31. 12. 2000, da neuere Fortschreibungsdaten noch nicht vorliegen; eventuelle Veränderungen dürften aber so gering sein, dass die Grundaussagen Bestand haben.

3) Weiteres Zahlenmaterial, auch in regionaler Gliederung, enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 2001 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik, Teil 2: Empfänger“.

Regelleistungsempfänger in Hessen am 31. 12. 2001 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Insgesamt		davon			
			männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 7	4 958	16,6	2 543	15,5	2 415	17,9
7 bis unter 15	5 258	17,6	2 747	16,8	2 511	18,6
15 bis unter 18	1 946	6,5	1 147	7,0	799	5,9
18 bis unter 25	4 096	13,7	2 442	14,9	1 654	12,2
25 bis unter 30	3 020	10,1	1 709	10,4	1 311	9,7
30 bis unter 40	5 839	19,5	3 261	19,9	2 578	19,1
40 bis unter 50	2 801	9,4	1 633	10,0	1 168	8,6
50 bis unter 60	1 007	3,4	491	3,0	516	3,8
60 bis unter 65	361	1,2	170	1,0	191	1,4
65 oder mehr	607	2,0	243	1,5	364	2,7
I n s g e s a m t	29 893	100	16 386	100	13 507	100

der Asylbewerber aus dem Irak mit einem Anstieg auf 380 Personen.

Trotz dieser Verschiebungen haben sich die Strukturdaten der Asylbewerber — auch bei längerfristiger Betrachtung — nur geringfügig geändert. Noch wesentlich stärker als die eingangs schon erwähnte Geschlechterverteilung wich somit weiterhin die Altersstruktur von derjenigen der Gesamtbevölkerung ab, da unter den Asylbewerbern die „mobilen“ Jahrgänge und die Kinder dominierten. Während sich die hessische Bevölkerung²⁾ jeweils genau zur Hälfte in Personen bis zu 40 Jahren einerseits und solche ab 40 Jahren andererseits aufteilen lässt, ergibt sich bei den Asylbewerbern ein Verhältnis von fünf zu eins zu Gunsten der unter 40-Jährigen. Am deutlichsten überrepräsentiert waren dabei die Minderjährigen (besonders die noch nicht schulpflichtigen Kinder), die in allen Altersgruppen unter 18 Jahren bei den Asylbewerbern mindestens doppelt so häufig vertreten waren wie bei der Gesamtbevölkerung. Zusammen waren zwei Fünftel der Asylbewerber, aber nur reichlich 18 % aller Einwohner in Hessen weniger als 18 Jahre alt. Diese Differenz nahm in den nachfolgenden Altersgruppen stetig ab und war in der Gruppe von 30 bis unter 40 Jahren, die in der Gesamtbevölkerung auf einen Anteil von 17,5 % kam, mit nur 2 Prozentpunkten am geringsten. Bei den Personen jenseits der 40 kehren sich die Verhältnisse um, da Asylbewerber mit zunehmenden Alter immer seltener vorkommen. Während jeder sechste hessische Einwohner mindestens 65 Jahre alt war, war dies unter den Asylbewerbern nur jeder 50. Dabei waren auch bei ihnen die Frauen unter den „Senioren“ stärker vertreten als die Männer, und zwar sogar schon im Alter ab 50 Jahren³⁾. □

Tourismus in den hessischen Gemeinden 2001

Die 25,6 Mill. Übernachtungen des Jahres 2001 verteilen sich sehr ungleichmäßig auf die hessischen Gemeinden. „Übernachtungsmillionäre“ sind Frankfurt am Main, die Stadt Bad Wildungen und die Landeshauptstadt Wiesbaden. Mehr als drei Viertel der 426 hessischen Gemeinden zählen dagegen weniger als 50 000 Übernachtungen, 31 Gemeinden weisen keine Beherbergungsstätte auf, die mehr als acht Gästen gleichzeitig Unterkunft gewähren kann. Messen, Kur und Kongresse sind für das hessische Beherbergungsgewerbe wichtige Reiseanlässe. Urlaubs- und Kulturtourismus ist in nördlichen, östlichen und südlichen Landesteilen von besonderem Gewicht.

Vorbemerkung

Vom Tourismus werden die Gemeinden in Hessen in ganz unterschiedlichem Maße berührt. Je nach Reisemotiven, wie Erholung, Entspannung und Gesundheit, Erlebnis von Natur, sportliche Betätigung, Kultur, Besuche und Geselligkeit oder Bildung, Geschäftsreisen und Tagungen unterscheiden sich Ziele und Dauer der Reise und die Erwartungen an den Aufenthalt. Einerseits ist Tourismus ein — insbesondere für einzelne Gebiete — erheblicher positiver *Wirtschaftsfaktor*: Eine allgemein verbindliche Bestimmung dessen, was volkswirtschaftlich zur Tourismusbranche gehört, gibt es bisher nicht. Neben dem Kernbereich, der Hotelgewerbe und Gastronomie, Reiseveranstalter und -vermittler, Kongresse und Tagungen, Messen, Bäderwesen, Kur, Verbände, Verkehrsbüros, touristische Aus- und Weiterbildung, Verwaltung und Transport umfasst, zählen im Randbereich beispielsweise auch Groß- und Einzelhandel, Kunst, Theater, Rundfunk, Fernsehen, Bauwirtschaft, Reiseausrüster, Sportlehrer, Frisöre u. Ä. dazu.

Fundierte Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, dass je Übernachtungsgast im Durchschnitt etwa 105 Euro am Ort der Übernachtung(en) ausgegeben werden, wobei Geschäftsreisende im Vergleich zu den Erholungsreisenden etwas mehr als das Doppelte ausgeben. Je Tagestourist werden etwa 20 Euro eingenommen, von dem der größte Teil

der Gastronomie zugute kommt. Bei Tagesgeschäftsreisenden sind es im Durchschnitt 28 Euro. Unter Berücksichtigung dessen, dass die Tourismusbetriebe und deren Beschäftigte aus diesen Einnahmen wieder Käufe bestreiten, kommt man für Hessen im Jahr 2000 auf einen tourismusbedingten Umsatz von etwa 10 Mrd. Euro, wobei hier Umsätze von Reisebüros und Reiseveranstaltern nicht enthalten sind. Dies entspricht in etwa der Hälfte des Umsatzes der Chemischen Industrie in Hessen und ist höher als der Umsatz des hessischen Maschinenbaus. Hinsichtlich der Arbeitsplätze kann davon ausgegangen werden, dass hessenweit etwa 162 000 Menschen ihr Einkommen dem Tourismus verdanken¹⁾.

Zum anderen ge- und verbrauchen die Reisenden unmittelbar *natürliche Ressourcen* und fordern darüber hinaus in aller Regel das Vorhandensein einer attraktiven touristischen Infrastruktur ein. Nicht zuletzt nutzen Touristen individuelle oder kollektive Transportmittel — vor allem PKW, aber auch Fahrrad, Busse, Bahnen, Boote/Schiffe oder Flugzeuge —, für die eine entsprechend ausgebaute Infrastruktur vorgehalten werden muss. Am Ziel der Reise sind zumindest gastgewerbliche Einrichtungen erforderlich, wobei der gestiegene Anspruch an das Beherbergungsgewerbe oftmals mit einem höheren Ressourcenverzehr Hand in Hand geht. Andererseits hat der Wunsch der Reisenden, „Schönes“ zu sehen und zu erleben, auch zur Folge, dass wertvolle Ökosysteme sowie Kulturdenkmäler geschützt und bewahrt werden.

Rhein-Main-Gebiet und Nordhessen touristische Schwerpunkte

In Hessen haben sich im Laufe der Jahre zwei dominierende Reisegebiete entwickelt. Einmal das Rhein-Main-Gebiet mit den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden als Zentren, zum anderen die kreisfreie Stadt Kassel und der Landkreis Waldeck-Frankenberg in Nordhessen. Weitere regionale Schwerpunkte sind die Bergstraße und Teile des Odenwaldes im Süden sowie Vogelsberg und Rhön in der östlichen Mitte.

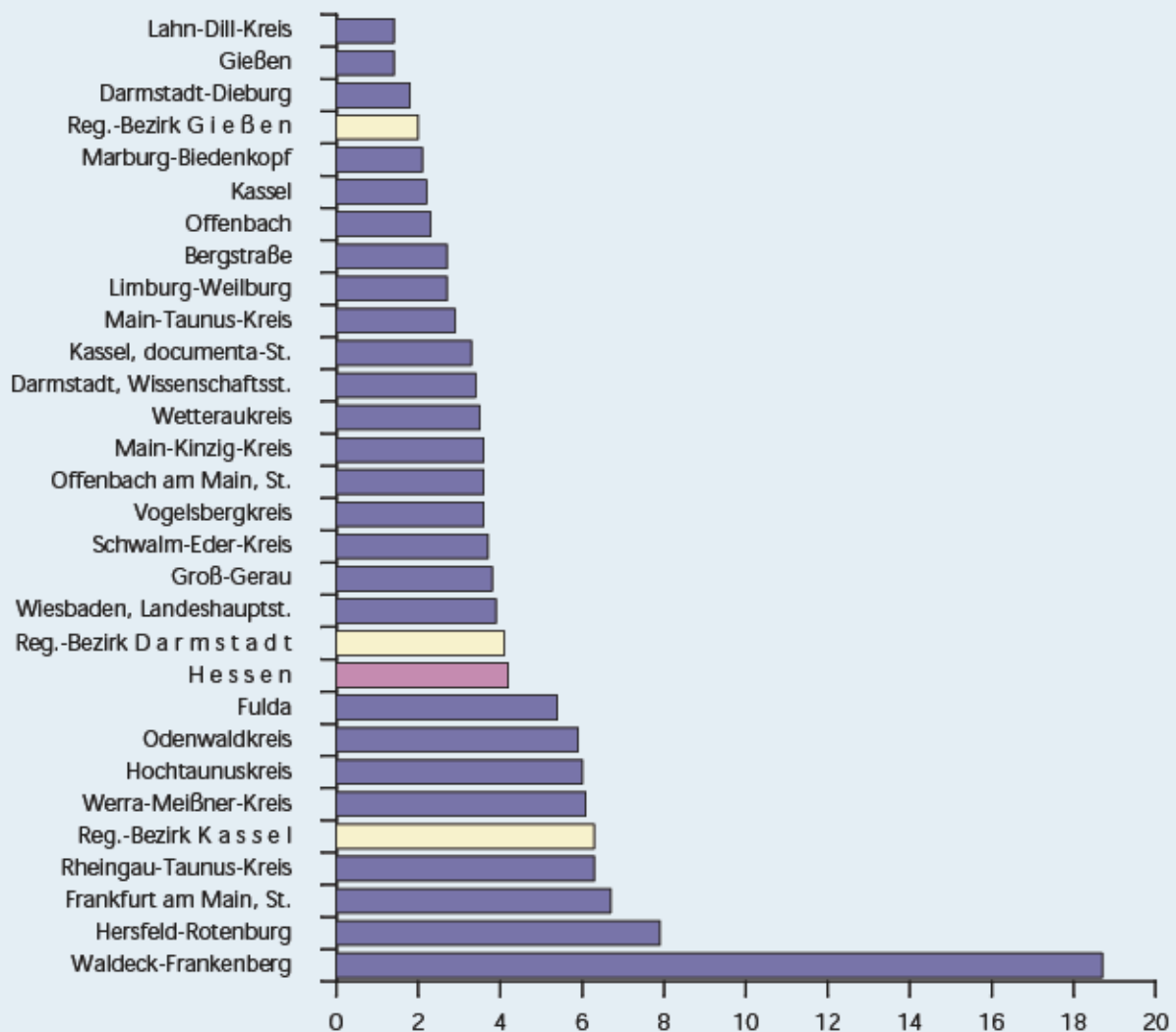
Zur Beurteilung des Faktors Tourismus werden an dieser Stelle die Übernachtungszahlen des Jahres 2001 aus der Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr herangezogen²⁾. Ganz dominant ist mit 4,3 Mill. Übernachtungen Hessens Metropole, die Stadt Frankfurt am Main. Hier nächtigte gut ein Sechstel aller hessischen Touristen. Die Kurstadt Bad Wildungen erreichte mit 1,4 Mill. Übernachtungen einen Anteil von etwas über 5 %. Die Landeshauptstadt Wiesbaden verbuchte 1,1 Mill. Übernachtungen und hatte wie Willingen (Uppland), wo knapp 1 Mill. Gäste übernachteten, einen Anteil von 4 %. Um die 600 000 Übernachtungen fanden in den Städten Kassel, Bad Nauheim, Bad Homburg vor der Höhe und Bad Orb statt, die somit jeweils auf etwas über 2 % Anteil am hessischen Übernachtungsvolumen kamen. In den Städten Darmstadt, Bad Soden-Salmünster, Offenbach am Main und Bad Sooden-Allendorf wurden zwischen 400 000

*Tel.: 061 1/3802-552 · E-Mail: ukroschewski@hsl.de

1) Siehe hierzu „Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage betreffend Entwicklung des Tourismus in Hessen sowie der hessischen Kur- und Heilbäder und der länderübergreifenden Tourismusprojekte“, Hessischer Landtag, Drucksache 15/3658 vom 21. 02. 2002 und „Bericht des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung“, Bundestagsdrucksache 13/9446 vom 11. 12. 1997.

2) Hierin enthalten sind nur die Meldungen von Beherbergungsstätten, die neun oder mehr Betten anbieten. Dies umfasst sowohl Hotels, Gasthöfe und Pensionen als auch Schulungsstätten, Jugendherbergen oder auch Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Nicht enthalten sind Campingplätze. Ebenfalls außer Betracht bleiben die Tagesgäste, deren Zahl für Hessen insgesamt auf jährlich annähernd 200 Mill. geschätzt wird.

Übernachtungen je Einwohner in Hessen 2001 nach Verwaltungsbezirken in Rangfolge



HSL 74/02

und 500 000 Übernachtungen gebucht, zwischen 300 000 und 400 000 waren es in den Städten Bad Schwalbach und Rüdesheim am Rhein, zwischen 200 000 und 300 000 in den Städten Bad Hersfeld und Fulda, der Gemeinde Bad Zwesten, den Städten Raunheim und Rotenburg an der Fulda, der Gemeinde Kirchheim, der Universitätsstadt Marburg, der Gemeinde Bad Salzschlirf, sowie den Städten Neu-Isenburg, Königstein im Taunus und Bad Camberg. Es sind also hauptsächlich die kreisfreien Städte und die Bädergemeinden, in denen in Hessen übernachtender Tourismus stattfindet.

24 Gemeinden mit der Stadt Kelsterbach an der Spitze und der Universitätsstadt Gießen am unteren Ende wiesen zwischen 100 000 und 200 000 Übernachtungen auf. Zwischen 50 000 und 100 000 waren es in 44 Gemeinden, angeführt von der Kreisstadt Limburg an der Lahn und mit der Stadt

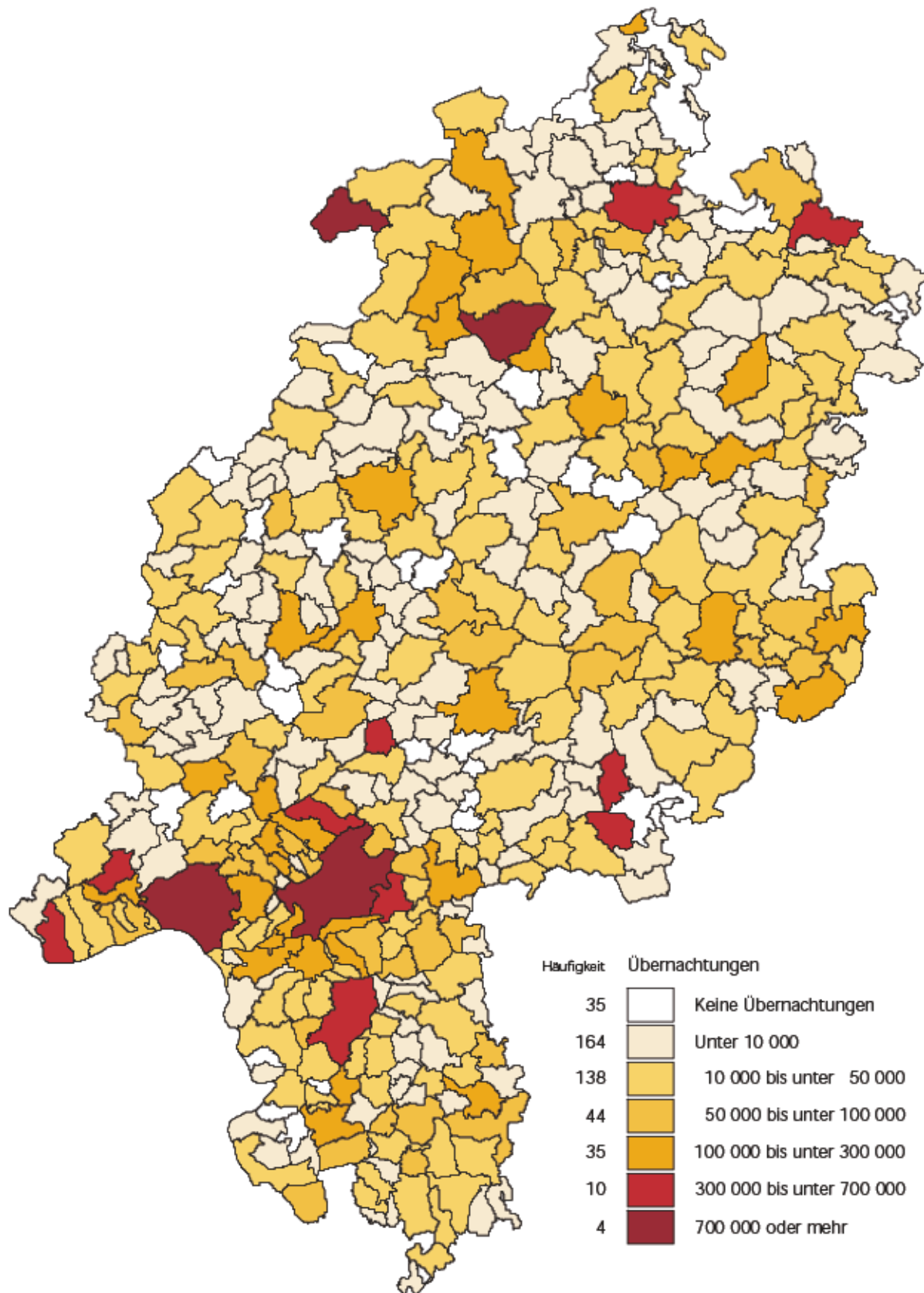
3) Manchmal findet man auch die Relation „je 100 (oder 1000) Einwohner“.

Butzbach als Schlusslicht. Zwischen den Werten von 10 000 und 50 000 bewegte sich das Übernachtungsvolumen in 138 Gemeinden — hier bildeten die Kreisstadt Eschwege und die Gemeinde Kaufungen die Pole —, weniger als 10 000 Übernachtungen verbuchten 164 hessische Gemeinden, angeführt von der Gemeinde Herleshausen und mit der Gemeinde Wartenberg zum Schluss. 31 Gemeinden — und die vier gemeindefreien Gebiete und Gutsbezirke — hatten keine zur Statistik meldenden Beherbergungsstätten.

Nordhessen mit höchster Fremdenverkehrsintensität

Neben den absoluten Zahlen wird zur Beurteilung der Bedeutung des Reiseverkehrs für einzelne Regionen vor allem die so genannte Fremdenverkehrsintensität herangezogen. Hierfür setzt man die Zahl der Übernachtungen in Beziehung zur Zahl der Einwohner des jeweiligen Gebietes³⁾. Für Hessen

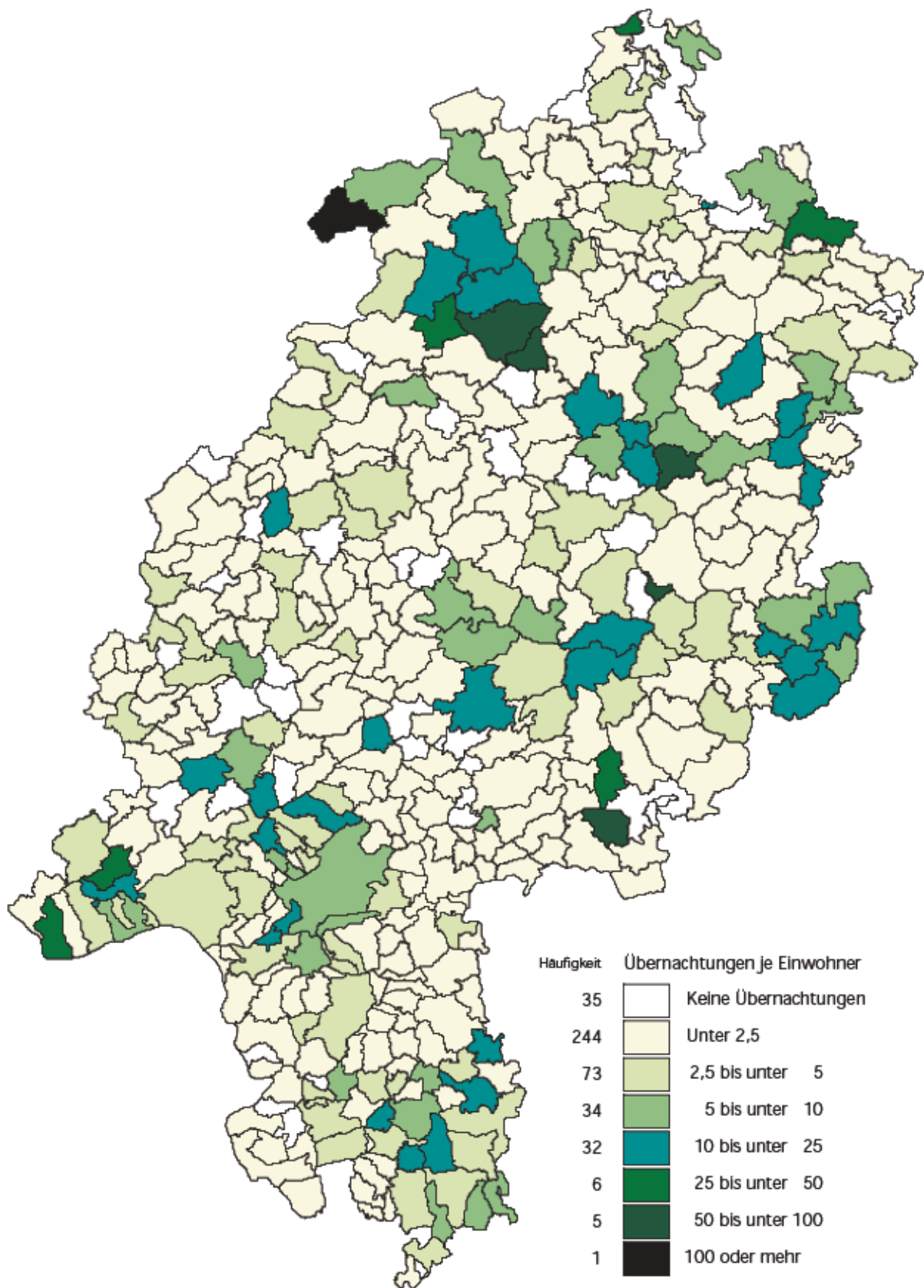
Übernachtungen in den hessischen Gemeinden 2001¹⁾



HSL 77/02

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere mit weniger als 9 Betten sowie ohne Campingplätze.

Übernachtungen je Einwohner in den hessischen Gemeinden 2001¹⁾



HSL 78/02

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere mit weniger als 9 Betten sowie ohne Campingplätze.

Insgesamt ergab sich im Jahr 2001 ein Wert von 4,2, womit es bundesweit an sechster Stelle lag. Innerhalb Hessens stand der Regierungsbezirk Kassel mit 6,3 Übernachtungen je Einwohner an erster Stelle, gefolgt vom Regierungsbezirk Darmstadt mit 4,1. Letzter war der Regierungsbezirk Gießen mit einem Wert von 2,0. Unter den kreisfreien Städten und Landkreisen nahm der Landkreis Waldeck-Frankenberg mit 18,7 Übernachtungen je Einwohner unangefochten die Spitzenposition ein. Mit deutlichem Abstand folgten der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (7,9) und die Stadt Frankfurt am Main (6,7). Ungefähr 6 Übernachtungen je Einwohner verzeichneten der Rheingau-Taunus-Kreis, der Werra-Meißner-Kreis, der Hochtaunuskreis und der Odenwaldkreis. Über dem Landesdurchschnitt lag mit 5,4 Übernachtungen je Einwohner noch der Landkreis Fulda. Die Landeshauptstadt Wiesbaden, der Landkreis Groß-Gerau und der Schwalm-Eder-Kreis befanden sich etwas unter dem Durchschnitt, alle übrigen kreisfreien Städte und Landkreise blieben teilweise recht deutlich darunter. Das Schlusslicht bildeten mit Werten von unter zwei Übernachtungen je Einwohner die Landkreise Darmstadt-Dieburg und Gießen sowie der Lahn-Dill-Kreis.

Für die meisten Städte und Gemeinden ergibt sich gegenüber der Rangfolge nach der Zahl der Übernachtungen hinsichtlich der Fremdenverkehrsintensität ein völlig neues Bild. Jetzt steht die Gemeinde Willingen (Upland) mit einem Wert von 147,7 an der Spitze, verbessert sich also um drei Zähler. In weitem Abstand folgt die Stadt Bad Wildungen mit 75,4. Sie nahm damit unter beiden Gesichtspunkten denselben Rang ein. Die Gemeinde Bad Salzschlirf lag mit 71,0 Übernachtungen je Einwohner auf Rang drei und die Gemeinde Bad Zwesten mit 58,7 auf Rang vier. Nahezu gleich hoch war

mit 58,6 die Fremdenverkehrsintensität für die Gemeinde Kirchheim. Die Stadt Bad Orb folgte mit 54,3 auf Platz sechs. Einen Wert von über 40 erreichte noch die Stadt Bad Soden-Allendorf, über 30 kamen die Städte Frankenu, Bad Schwalbach, Bad Soden-Salmünster und Rüdeshelm am Rhein. Auch die Stadt Bad Karlshafen, die Gemeinde Hilders, die Stadt Gersfeld (Rhön), die Gemeinden Poppenhausen (Wasserkuppe), Vöhl und Grasellenbach ragten mit einem Wert von über 20 heraus. Die Stadt Frankfurt am Main, der Spitzenreiter nach absoluter Zahl der Übernachtungen, findet sich erst an 62. Stelle, die Landeshauptstadt Wiesbaden rutscht von Platz drei auf Platz 101, die documenta-Stadt Kassel von Platz fünf auf Platz 120, die Wissenschaftsstadt Darmstadt von Platz 9 auf Platz 116 und die Stadt Offenbach am Main von Platz 11 auf Platz 109. Noch krasser ist der Unterschied für die Universitätsstadt Gießen, die um 149 Plätze (vom 49. auf den 198.) zurückfällt, und die Stadt Hanau, die sogar 166 Plätze einbüßt (statt Rang 42 bei den Übernachtungen nun Rang 208 bei der Fremdenverkehrsintensität). Umgekehrt konnten die Stadt Bad Karlshafen sowie die Gemeinden Hilders und Poppenhausen (Wasserkuppe) eindrucksvoll von den Plätzen 46, 44 bzw. 82 auf die Plätze 12, 13 und 15 vorrücken. Die größten Sprünge mit Verbesserungen von über 150 Zählern machten die Stadt Schwarzenborn (Rang 183 bei den Übernachtungen und 27 bei der Fremdenverkehrsintensität), die Gemeinde Breitenbach am Herzberg (257 zu 100), die Gemeinde Sensbachtal (290 zu 72) und Hesseneck, die kleinste hessische Gemeinde, die sich um ganze 235 Plätze — von Rang 300 bei den Übernachtungen auf Rang 65 bei der Fremdenverkehrsintensität — verbessern konnte. □

- Im ersten Halbjahr 2002 wurden mit in Hessen beheimateten Bussen sowie Straßen- und U-Bahnen 233 Mill. Personen befördert. Dies war 1 % weniger als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2001. Dabei fiel der Rückgang im *Linienverkehr* und im *Gelegenheitsverkehr* mit 3,5 beziehungsweise 3 % fast gleich hoch aus. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2002 im Linienverkehr 231 Mill. Personen befördert, im Gelegenheitsverkehr waren es 2 Mill. Trotz der gesunkenen Beförderungsleistung stiegen die Einnahmen insgesamt um etwas über 6 %, wobei im Linienverkehr der Zuwachs mit knapp 6 % geringer ausfiel als im Gelegenheitsverkehr. Dort betrug das Plus knapp 8 %.

- Mit den zehn für 2004 vorgesehenen EU-Beitrittskandidaten sind hessische Firmen gut im Geschäft. Während die gesamte hessische *Ausfuhr* von 2000 auf 2001 „nur“ um 5 % auf 31,6 Mrd. Euro anstieg, erzielte sie bei den Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern ein Plus von 14 % auf 2,3 Mrd. Euro. Im Vordergrund standen dabei Polen und die Tschechische Republik. Dorthin wurden im Jahr 2001 Waren im Wert von 712 bzw. 695 Mill. Euro ausgeführt. Für Polen war dies ein Plus von 9 %, für die Tschechische Republik eines von 14 %. An dritter Stelle folgte Ungarn mit 405 Mill. Euro und einem Plus von 11 %. Die Slowakei und Slowenien kamen auf 194 bzw. 110 Mill. Euro und ein Plus von 46,5 bzw. 5 %. In die baltischen Republiken Litauen und Lettland gelangten Waren im Wert von 57 bzw. 40 Mill. Euro, was einem Zuwachs von 24 bzw. 46 % entspricht. Nach Malta wurden 2001 Waren im Wert von 25 Mill. Euro ausgeführt, ein Plus von 6 %. Estland und Zypern lagen mit jeweils 20 Mill. Euro gleichauf, das Plus betrug 17 bzw. 1 %.

- Nach ersten Ergebnissen für die Monate Januar bis August 2002 sanken die *Umsätze* im hessischen *Gastgewerbe* — verglichen mit den ersten acht Monaten des Jahres 2001 — nominal um 5 %. Dies war nach Ausschaltung der Preisveränderungen real sogar ein Minus von 8 %. Damit musste das hessische Gastgewerbe seit September 2001 — mit Ausnahme des April 2002 — fortlaufend nominale und reale Umsatzeinbußen hinnehmen. Von der Zurückhaltung der Gäste waren alle großen Zweige gleichermaßen betroffen. Sowohl im Beherbergungsgewerbe als auch im Gaststättengewerbe sowie bei den Kantinen und Caterern lag der Umsatzrückgang nominal bei 4 bis 5 %; real lag das Minus bei 7 bis 8 %. Die schlechte Lage führte zu einer weiteren Verminderung der Beschäftigtenzahl. Sie nahm im Vergleichszeitraum um knapp 5 % ab, wobei sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit – 7 % deutlich stärker verringerte als diejenige der Vollbeschäftigten. Dort betrug das Minus 3 %.

- Die *Umsätze* der hessischen *Einzelhändler* für die Monate Januar bis August 2002 gingen nach ersten Ergebnissen

— verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 2001 — um etwas über 3 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies real ein Minus von knapp 4 %. Unter den größeren Branchen schnitten nur die im Gesundheits- und Kosmetikbereich tätigen Geschäfte (einschl. Apotheken) positiv ab. Sie steigerten ihren Umsatz im Vergleichszeitraum nominal um 2 und real um annähernd 3 %. Der Facheinzelhandel bleibt bei einem Minus von nominal 8 und real 9 %. Eine Ausnahme bildet hier der Heimwerkerbereich, der im Vergleichszeitraum ein nominales und reales Plus von gut 1 % verbuchte. Die größte Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu der insbesondere die Supermärkte gehören, büßte nominal gut 1 % und real sogar fast 3 % ihres Umsatzes ein. Der Kfz-Handel und die Tankstellen waren mit nominal 4,5 und real 6 % im Minus. Im Einzelhandel waren in den ersten acht Monaten dieses Jahres knapp 2 % weniger Personen beschäftigt als im gleichen Zeitraum des Jahres 2001. Im Kfz- und Tankstellenbereich waren es sogar knapp 3 % weniger.

- Das hessische *Bauhauptgewerbe* bleibt insgesamt rückläufig. Die Beschäftigtenzahl lag im August dieses Jahres mit 30 600 um 9,5 % niedriger als vor Jahresfrist. Mit 380 Mill. Euro verfehlte der baugewerbliche Umsatz das Vorjahresniveau um 5,2 %. Die wertmäßigen Aufträge verringerten sich im August um 30 % auf 290 Mill. Euro. Die Bilanz der ersten acht Monate des Jahres 2002 bleibt ernüchternd. Mit 2,4 Mrd. Euro nahmen die baugewerblichen Umsätze von Januar bis August um 8,7 % ab. Die Umsätze des Wirtschaftsbaus gingen um 14 % auf 1,2 Mrd. Euro und die des Wohnungsbaus um 15 % auf 280 Mill. Euro zurück. Nur der öffentliche Bau steigerte seine Umsätze um 1,3 % auf 910 Mill. Euro. Die nominalen Auftragsgänge lagen in den ersten acht Monaten mit 2,3 Mrd. Euro um 12 % niedriger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Alle Daten beziehen sich auf Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. Zum Bauhauptgewerbe gehören Betriebe, die sich mit vorbereitenden Baustellenarbeiten befassen, sowie Betriebe, die Hoch- und Tiefbauarbeiten durchführen.

- In den ersten acht Monaten des Jahres 2002 verloren 315 Menschen durch *Verkehrsunfälle* auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 28 Getötete weniger als von Januar bis August des Jahres 2001. Der Rückgang hat im August — in diesem Monat starben im Jahresvergleich 36 Personen weniger — den Anstieg vom April und Juni mehr als wettgemacht. Insgesamt kam es in den ersten acht Monaten des Jahres 2002 zu 17 400 Unfällen, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren annähernd 2 % weniger als ein Jahr zuvor. Neben den Getöteten wurden noch 23 300 Personen verletzt und damit gut 2 % weniger als vor einem Jahr. Dabei sank die Zahl der Schwerverletzten im Vergleichszeitraum um 3 % auf 4100; die Zahl der Leichtverletzten nahm um 2 % auf 19 200 ab.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾	Preis-index für die Lebenshaltung ⁶⁾	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-lose ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
				Grundzahlen ¹¹⁾								
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	.	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	...	107,0	214 675	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	99,4	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2001 2. Vj. D	100,8	91,5	117,9	458 931	93,6	33 262	100,5	109,5
Juli	102,6	92,1	122,0	460 466	69,7	33 277	94,3	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797
August	100,1	94,4	110,5	461 085	109,0	33 794	94,5	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
September	100,7	91,5	117,7	460 653	109,4	33 624	92,6	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838
3. Vj. D	101,1	92,7	116,7	460 735	96,0	33 585	93,8	109,9
Oktober	102,6	93,8	118,8	458 130	64,2	33 341	101,6	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	106,3	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	108,1	109,2	207 134	7,6	29 674	19 106
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	66,8	32 669	105,3	109,2
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	87,7	110,4	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 085	53,7	30 689	86,5	110,7	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	86,9	30 701	105,7	110,9	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	63,2	30 835	93,3	110,7
April	103,4	91,3	125,8	444 914	81,1	31 075	103,6	110,9	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	70,3	30 914	96,0	110,9	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	96,2	30 422	92,9	110,8	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,8	444 107	82,5	30 804	97,5	110,9
Juli	106,9	94,7	129,2	445 106	72,0	30 118	93,6	111,2	214 374	7,8	30 243	7 987
August	96,4	87,2	113,4	445 420	75,9	30 567	88,3	111,0	210 290	7,6	28 660	8 876
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	.	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	.	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	...	2,1	- 6,7	.	0,4	51,7
2001 2. Vj.	- 3,5	- 4,5	- 2,1	0,1	- 3,1	- 7,1	...	2,7
Juli	2,2	- 1,9	8,6	0,1	- 31,9	- 7,1	...	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9
August	- 5,0	- 8,1	0,0	- 0,2	46,1	- 5,9	...	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
September	- 10,8	- 9,7	- 12,4	- 0,3	- 1,1	- 6,3	...	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6
3. Vj.	- 4,8	- 6,6	- 2,0	- 0,1	0,1	- 6,4	...	2,2
Oktober	- 5,2	- 2,8	- 8,5	- 0,7	- 25,0	- 7,6	...	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
November	- 5,7	- 5,3	- 6,4	- 1,1	- 5,1	- 8,7	...	1,4	1,8	.	- 14,1	121,7
Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	...	1,5	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	...	1,5
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,7	2,1	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 5,6	1,7	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 4,2	1,8	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 4,8	1,9
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	2,2	1,6	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,5	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 1,3	- 4,0	2,4	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,5	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj.	2,1	- 3,6	10,1	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 3,0	1,3
Juli	4,2	2,8	5,9	- 3,3	3,3	- 9,5	- 0,7	1,2	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 3,7	- 7,6	2,6	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 6,6	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2001 2. Vj.	- 6,9	- 6,0	- 8,1	0,1	35,3	- 0,3	2,6	0,8
Juli	- 0,4	1,3	- 2,5	0,1	- 30,8	0,2	- 2,1	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2
August	- 2,4	2,5	- 9,4	0,1	56,4	1,6	0,2	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0
September	0,6	- 3,1	6,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 2,0	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3
3. Vj.	0,3	1,3	- 1,0	0,4	2,6	0,9	- 6,7	0,4
Oktober	1,9	2,5	0,9	- 0,5	- 41,4	- 0,8	9,7	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8
November	1,1	0,9	1,3	- 0,5	12,4	- 2,2	4,6	- 0,1	1,3	.	- 7,3	34,2
Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	1,7	0,0	4,5	.	- 1,1	90,6
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	12,3	- 0,6
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 18,9	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	0,3	- 0,3	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,8	0,0	22,2	0,2	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 11,4	1,4
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	1,2	- 2,0	0,0	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 7,3	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,7	1,4	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 3,2	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,7	3,2	11,4	- 0,9	30,5	- 0,1	4,5	0,2
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	- 25,2	- 1,0	0,8	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,8	- 7,9	- 12,2	0,1	5,5	1,5	- 5,7	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslosen in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
		2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 068,1 ¹⁾	6 077,8 ¹⁾	6 069,0	6 069,3	6 070,5	6 078,4	6 078,5	6 079,1	6 080,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2 718	2 486	1 204	1 686	1 784	890	1 873	1 664	1 785
* Lebendgeborene auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	2,6	3,3	3,6	1,7	4,0	3,3	3,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4 901	4 686	4 172	4 475	4 305	3 151	4 094	4 530	4 643
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1000 Lebendgeborene	"	9,7	9,3	9,0	8,7	8,6	6,1	8,8	8,8	9,7
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5 029	4 948	4 486	5 172	4 840	5 024	4 618	5 094	5 519
	"	10,0	9,8	9,6	10,0	9,7	9,7	9,9	9,9	11,0
	"	21	19	18	16	22	27	16	20	23
	"	4,4	4,2	4,3	3,4	5,1	8,6	3,9	4,4	4,7
	"	- 127	- 262	- 313	- 697	- 535	- 1 873	- 524	- 564	- 676
	"	- 0,3	- 0,5	- 0,7	- 1,4	- 1,1	- 3,6	- 1,1	- 1,1	- 1,4
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	12 155	14 065	13 915	14 816	11 708	12 420	13 983
* darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	5 697	6 572	6 151	6 442	5 368	5 598	6 296
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	11 115	13 030	12 200	12 387	11 083	11 220	11 637
* darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	5 404	6 067	5 362	5 599	5 006	4 927	4 798
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	1 040	1 035	1 715	2 429	625	1 200	2 346
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 349	17 943	14 867	17 202	17 168	20 043	15 306	15 768	18 008
ARBEITSMARKT ³⁾										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	214 875	200 533	199 169	195 780	194 050	209 772	214 374	210 290	207 551
* darunter Frauen	"	96 519	89 647	90 912	89 463	88 224	90 359	93 520	91 381	89 971
* Männer	"	118 356	110 886	108 257	106 317	105 826	119 413	120 854	118 909	117 580
* Ausländer	"	45 177	42 684	41 026	41 127	41 517	44 052	43 574	43 337	43 634
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 430	22 023	24 348	23 273	22 321	26 443	28 263	27 250	25 330
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	8,1	7,4	7,3	7,2	7,1	7,6	7,8	7,6	7,5
* darunter der Frauen	"	8,0	7,1	7,1	7,0	6,9	7,0	7,2	7,1	7,0
* Männer	"	8,3	7,6	7,4	7,3	7,3	8,2	8,3	8,1	8,0
* Ausländer	"	14,8	14,2	13,9	13,9	14,1	14,7	14,5	14,5	14,6
* Jüngere unter 25 Jahren	"	7,2	6,5	6,9	6,6	6,3	7,2	7,7	7,4	6,9
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	5 156	7 822	4 797	4 893	5 838	12 680	7 967	8 876	9 389
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 527	37 692	37 571	37 727	36 289	32 843	30 243	28 660	27 021
ERWERBSTÄTIGKEIT ⁵⁾⁶⁾										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾	1000	2 123,7	2 174,7	2 162,3	2 163,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 203,3	2 240,4
* darunter Frauen	"	910,5	934,5	927,1	932,8	954,1	955,8	957,0	952,2	970,2
* Ausländer	"	217,1	223,3	221,3	220,1	231,0	230,4	229,3	228,5	231,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	301,8	321,7	306,2	313,3	325,6	331,0	334,5	337,9	341,8
* darunter Frauen	"	262,6	274,5	264,8	269,2	277,1	279,8	282,4	284,9	287,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	14,0	13,9	14,1	12,6	14,1	12,5	12,8	13,8	14,1
* darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,5	3,8	3,5	3,6	3,7	3,8
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	553,4	548,9	556,8	550,9	555,0	552,5	549,9	545,8	551,2
* darunter Frauen	"	141,1	139,9	142,4	140,7	141,9	141,0	141,0	140,0	140,8
* Baugewerbe	"	130,1	125,2	133,6	127,7	127,9	122,4	117,9	120,4	123,5
* darunter Frauen	"	15,6	15,2	15,7	15,6	15,4	15,1	14,9	14,7	14,9
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	532,8	554,2	542,4	547,9	566,0	567,3	562,7	562,5	571,7
* darunter Frauen	"	235,5	244,2	239,6	242,5	249,1	250,0	248,6	248,4	252,9
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	406,1	442,0	421,6	426,8	454,0	456,6	464,6	465,5	475,3
* darunter Frauen	"	187,2	201,9	193,9	198,1	207,8	208,7	212,2	211,9	216,9
* öffentliche und private Dienstleister	"	486,3	489,8	492,5	496,3	498,7	500,6	498,4	494,2	504,4
* darunter Frauen	"	327,0	329,3	331,2	334,0	335,7	337,0	336,4	333,2	340,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Junl	Jull	August	Mal	Junl	Jull	August
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	7 302	6 299	6 625	4 332	5 574	5 806	4 596	4 588	5 236
Kälber	"	350	224	168	96	139	291	234	218	217
Schweine	"	102 959	95 275	90 824	89 554	91 134	83 745	79 480	82 744	81 062
darunter hausgeschlachtet	"	7 765	7 524	3 710	2 631	2 851	3 658	2 222	2 217	1 827
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	11 148	10 351	10 696	9 830	10 446	9 952	9 205	9 398	9 536
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	2 032	1 679	2 040	1 317	1 696	1 667	1 364	1 389	1 574
* Kälbern	"	33	20	17	9	12	11	18	17	15
* Schweinen	"	8 686	8 103	8 022	7 973	8 057	7 538	7 227	7 431	7 332
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"
* Erzeugte Konsumeler ⁴⁾	1000 St.	31 856	31 198	32 422	31 472	28 952	31 761	29 760	30 166	29 156
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 688	87 754	94 249	93 055	89 129	91 727	87 583	87 451	83 937
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 642	83 707	90 019	88 685	84 759	88 002	84 033	83 784	80 269
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,8	18,2	19,9	19,0	18	18,0	17,8	17,2	17
VERARBEITENDES GEWERBE⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 295	3 289	3 307	3 291	3 278	3 211	3 205	3 200	3 189
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	459,5	458,5	460,1	460,5	461,1	443,9	443,6	445,1	445,2
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubl.)	"	271,1	269,6	271,2	271,7	271,3	259,1	259,2	261,0	260,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	34 952	34 156	33 024	31 573	35 439	31 155	32 293	32 156	31 934
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	660,8	667,4	682,6	663,7	655,6	685,0	668,5	665,2	633,3
* Bruttogehaltssumme	"	739,6	754,1	764,8	717,3	700,4	784,0	769,7	722,6	711,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 864,5	6 976,7	7 056,9	6 706,8	6 896,2	6 683,8	7 156,9	6 929,9	6 651,2
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	2 993,6	3 002,0	3 000,0	2 916,4	3 023,1	3 000,6	3 133,1	3 047,3	2 908,4
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 170,0	2 184,3	2 293,4	2 026,5	1 997,3	1 964,5	2 283,9	2 139,9	2 017,6
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	225,5	256,0	253,3	209,2	240,8	221,3	280,0	241,9	222,7
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 475,5	1 534,4	1 512,2	1 554,7	1 635,0	1 497,3	1 459,8	1 500,8	1 502,4
* darunter Auslandsumsatz	"	2 564,7	2 621,9	2 724,3	2 506,1	2 449,7	2 667,3	2 887,5	2 746,0	2 535,0
Exportquote ⁶⁾	%	37,4	37,6	38,6	37,4	35,5	39,9	40,3	39,6	38,1
Volumenindex des Auftragsleistungs⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	6,7	- 2,2	- 2,6	2,2	- 5,0	0,0	- 1,3	4,2	- 3,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	5,6	- 1,9	- 3,6	- 0,1	0,0	7,0	7,9	12,0	- 3,7
Investitionsgüterproduzenten	"	9,2	- 3,6	- 5,9	7,0	- 18,3	- 8,8	- 9,2	- 3,6	- 0,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,5	- 10,6	- 7,2	- 18,6	- 7,0	- 29,2	12,7	6,4	- 5,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	2,9	5,4	17,5	7,5	22,7	4,1	- 23,7	- 9,5	- 11,9
Volumenindex des Auftragsleistungs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁹⁾	6,7	2,2	9,6	5,7	11,6	5,2	- 9,5	3,4	- 7,5
Maschinenbau	"	15,8	- 9,4	- 14,8	- 8,6	- 16,8	27,5	- 1,3	10,1	- 7,9
Kraftwagen und -teile	"	- 9,3	4,2	- 4,2	23,4	- 7,2	2,9	22,3	- 2,2	27,3
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	5,5	- 3,4	- 3,6	- 7,5	- 11,0	- 11,0	- 6,2	- 3,5	- 13,5
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	93	95	95	95	95	95	95	95	95
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	19 131	18 366	18 252	18 243	18 337	18 030	18 071	18 078	18 168
* darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubl.)	"	8 704	7 826	7 831	7 782	7 744	7 226	7 189	7 139	7 186
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹⁰⁾	1000 h	1 109	991	913	950	1 046	2 132	2 189	2 261	2 250
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	24,3	23,2	21,5	24,6	19,9	19,8	21,3	21,5	18,5
* Bruttogehaltssumme	"	36,5	39,0	38,8	42,3	35,3	37,7	42,6	41,0	37,8
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 128,5	...	2 492,4	2 543,4	2 416,0
* Stromverbrauch ¹¹⁾	"	2 895,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Inneren. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemontatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
				Durchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	93,0	90,6	89,7	.	.	.	85,7	.	.
* Umsatz	"	103,0	101,9	101,8	.	.	.	98,2	.	.
BAU- u. INDUSTRIEGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	60,7	58,0	57,5	57,5	58,4	55,1	54,2	53,6	54,4
Facharbeiter ²⁾	"	32,0	30,1	29,7	29,9	30,4	28,5	28,3	28,2	28,2
Fachwerker und Werker	"	9,5	9,0	9,0	9,1	9,2	8,1	8,1	8,1	8,3
gewerblich Auszubildende	"	2,9	2,7	2,5	2,4	2,8	2,6	2,4	2,1	2,5
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 756	5 381	5 500	5 603	6 334	5 124	5 417	5 463	5 501
Wohnungsbau	"	2 214	2 037	2 052	2 059	2 381	2 036	2 068	2 118	2 073
gewerblicher Bau	"	1 716	1 581	1 547	1 613	1 811	1 406	1 494	1 512	1 502
öffentlicher und Straßenbau	"	1 798	1 730	1 858	1 897	2 099	1 657	1 816	1 806	1 903
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	98,2	90,8	90,8	95,4	100,1	88,8	82,5	82,8	89,8
* Bruttogehaltssumme	"	40,0	38,3	41,1	37,2	37,1	38,4	41,7	38,1	36,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	511,9	512,8	560,8	535,9	556,9	467,3	492,2	526,0	527,4
Wohnungsbau	"	156,4	141,1	144,9	145,6	150,9	132,1	137,8	153,0	140,8
gewerblicher Bau	"	209,3	226,3	259,1	219,2	243,0	188,2	193,7	205,6	215,3
öffentlicher und Straßenbau	"	146,9	144,3	154,6	169,5	161,4	145,6	158,5	165,6	170,0
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾ darunter	1995=100	85,1	81,4	100,7	69,7	109,0	70,3	96,2	72,0	75,9
Wohnungsbau	"	53,2	46,0	62,0	46,4	51,1	39,4	46,4	38,1	35,6
gewerblicher Bau	"	99,6	90,9	120,6	67,5	121,9	55,1	88,2	67,4	78,4
öffentlicher und Straßenbau	"	84,9	89,1	97,2	85,2	124,9	106,2	133,5	96,3	95,1
Ausbau- u. Reparaturgewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	24,6	23,8	23,7	.	.	.	23,1	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	7 148	6 962	6 787	.	.	.	6 504	.	.
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	115,1	111,9	109,8	.	.	.	107,5	.	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,4	57,2	58,0	.	.	.	60,0	.	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	626,6	613,9	614,0	.	.	.	564,9	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	913	788	811	809	831	752	847	812	761
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	818	679	694	723	731	658	756	677	655
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	1 021	926	1 145	924	977	865	942	912	880
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	188	170	210	170	178	166	179	180	169
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	219 128	204 157	249 608	202 917	212 784	200 817	218 552	222 671	210 515
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	245	207	225	185	226	156	125	174	198
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	875	1 333	1 586	1 246	1 147	873	641	1 665	1 999
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	186	224	264	174	214	155	1 260	287	278
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	167 702	198 009	243 160	138 781	185 389	156 376	106 404	371 669	224 386
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 968	1 817	2 255	1 790	1 955	1 830	1 925	2 146	1 851
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	10 306	9 021	10 702	9 018	9 883	9 164	9 585	10 464	9 384
GROSS- u. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 = 100	...	91,6	94,9	87,2	88,0	80,4	86,9	86,2	82,3
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	...	93,0	95,8	90,0	90,6	83,1	87,7	86,2	84,1
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	...	100,7	99,7	100,7	101,3	98,2	97,9	97,5	98,5
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 = 100	...	97,9	94,5	92,4	92,6	93,6	90,6	91,5	86,5
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	...	99,4	96,3	94,3	94,5	96,0	92,9	93,6	88,3
darunter (Einzelhandel mit)	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Kraftfahrzeugen ⁸⁾ ; Tankstellen	"	...	97,8	99,1	94,4	87,1	96,4	96,1	94,2	78,8
Waren verschiedener Art ⁹⁾	"	...	102,0	99,0	95,0	103,9	101,6	96,4	95,7	99,8
Apotheken ¹⁰⁾	"	...	106,6	104,5	101,5	109,1	103,3	104,5	104,4	105,1
Bekleidung	"	...	101,0	88,0	90,2	87,6	95,5	89,4	90,7	86,3
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹¹⁾	"	...	99,3	90,9	92,3	88,1	80,8	78,2	84,8	75,0
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹²⁾	"	...	98,0	102,7	106,9	101,6	112,2	102,9	108,2	113,8
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	...	98,8	96,3	96,0	98,8	96,4	95,8	95,0	95,8
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 = 100	...	98,1	99,3	93,5	98,7	93,2	93,5	84,3	86,3
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	...	99,8	101,6	97,4	102,8	98,1	99,3	90,9	93,0
darunter	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	...	97,8	99,2	88,3	97,0	95,2	98,6	83,6	84,6
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	...	99,9	103,2	98,9	106,1	100,2	98,3	92,8	97,3
Kantinen und Caterer	"	...	101,2	104,5	112,2	109,2	97,0	103,2	105,0	102,5
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	...	101,8	100,3	99,1	102,4	97,1	96,2	95,6	97,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Junl	Jull	August	Mal	Junl	Jull	August
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	2 504,1	2 635,8	2 699,3	2 516,1	2 517,3	2 347,1	2 758,5	2 643,4	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	60,1	62,6	73,6	44,8	80,3	74,1	66,7	72,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 444,0	2 573,2	2 625,7	2 471,3	2 437,0	2 273,0	2 691,9	2 571,2	...
davon										
* Rohstoffe	"	21,8	20,9	21,2	23,7	21,1	16,2	20,2	19,1	...
* Halbwaren	"	196,0	178,3	186,4	191,2	172,5	119,0	134,4	115,6	...
* Fertigwaren	"	2 226,2	2 374,0	2 418,2	2 256,4	2 243,4	2 137,8	2 537,3	2 436,5	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	471,5	453,1	467,3	487,8	417,1	502,3	524,4	542,8	...
* Enderzeugnisse	"	1 754,6	1 920,9	1 950,9	1 768,6	1 826,3	1 635,4	2 012,8	1 893,7	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	719,8	736,6	750,7	...
Maschinen	"	333,2	431,1	411,3	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	214,8	321,8	211,3	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	225,9	232,3	255,2	...
Eisen- und Metallwaren	"	138,6	182,0	192,2	...
davon nach										
* Europa	"	1 729,4	1 823,9	1 877,5	1 650,2	1 696,6	1 649,5	1 922,4	1 835,8	...
darunter EU-Länder ²⁾	"	1 310,2	1 381,5	1 411,8	1 192,9	1 243,9	1 255,9	1 467,8	1 426,4	...
* Afrika	"	40,6	47,3	51,6	42,6	50,1	41,3	54,1	59,6	...
* Amerika	"	376,8	371,0	368,0	425,3	356,8	332,5	366,1	350,6	...
* Asien	"	333,8	360,0	365,4	373,6	379,9	304,5	394,2	375,7	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	23,4	33,6	36,8	24,2	33,9	19,4	21,8	21,8	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	4 481,1	4 250,2	4 237,9	3 925,8	3 890,6	3 437,0	4 197,0	3 843,8	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	176,9	189,7	198,0	214,3	173,2	197,4	172,8	191,8	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 304,1	4 060,5	4 039,9	3 711,4	3 717,4	3 239,6	4 024,2	3 652,0	...
davon										
* Rohstoffe	"	52,4	46,2	66,5	43,3	51,6	45,0	80,4	75,6	...
* Halbwaren	"	404,2	366,4	499,4	409,4	311,6	237,9	309,3	249,7	...
* Fertigwaren	"	3 847,5	3 628,0	3 474,0	3 258,8	3 354,2	2 956,7	3 634,5	3 326,7	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	444,5	458,8	444,8	491,1	438,8	377,2	442,3	382,1	...
* Enderzeugnisse	"	3 403,1	3 169,2	3 029,1	2 767,6	2 915,4	2 579,5	3 192,2	2 944,6	...
davon aus										
* Europa	"	2 668,5	2 764,7	2 828,5	2 653,1	2 509,7	2 232,7	2 882,6	2 594,8	...
darunter EU-Länder ²⁾	"	2 070,6	2 134,7	2 178,2	2 008,1	1 942,8	1 640,3	2 260,1	1 977,4	...
* Afrika	"	106,3	91,0	119,3	94,6	84,3	101,2	84,5	63,2	...
* Amerika	"	809,4	662,6	615,9	535,4	612,2	427,7	540,7	491,3	...
* Asien	"	889,6	724,5	666,1	637,5	673,5	667,1	663,4	690,6	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	7,4	8,3	5,2	10,8	8,3	5,8	3,9	...
TOURISMUS³⁾										
* Gästeankünfte	1000	816	813	911	844	898	864	919	837	876
darunter von Auslandsgästen	"	211	200	232	262	247	195	229	250	244
* Gästeübernachtungen	"	2 138	2 136	2 292	2 416	2 550	2 197	2 275	2 291	2 409
darunter von Auslandsgästen	"	409	388	408	496	513	352	396	468	487
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindeguppen:										
Heilbäder	"	644	643	681	730	765	682	688	722	740
Luftkurorte	"	131	124	148	168	174	146	145	148	159
Erholungsorte	"	96	98	124	145	158	118	107	140	144
Sonstige Gemeinden	"	1 265	1 270	1 338	1 372	1 452	1 251	1 335	1 282	1 367
darunter Großstädte	"	575	575	573	575	606	518	586	539	578
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 350	1 251	1 249	1 335	1 377	1 229	1 121	1 256	...
davon										
* Güterversand	"	226	213	215	201	242	224	188	208	...
* Gütereingang	"	1 124	1 037	1 034	1 134	1 135	1 004	933	1 048	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Junl	Jull	August	Mal	Junl	Jull	August
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	30 577	30 179	33 017	30 486	30 045	30 005	34 994	29 066	26 736
darunter	-									
Personenkraftwagen ²⁾	-	26 145	26 040	27 351	26 437	25 908	25 957	30 670	25 348	23 226
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	-	1 868	1 745	1 980	1 438	1 739	1 458	1 786	1 467	1 599
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	-	1 998	1 791	3 040	2 106	1 980	1 951	1 968	1 713	1 502
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	-	287	298	320	264	220	347	305	299	235
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	-	3 097	3 095	3 141	3 158	3 424	11 769	11 280	10 754	11 051
darunter Unfälle mit Personenschaden	-	2 252	2 252	2 389	2 400	2 665	2 407	2 477	2 288	2 473
* Getötete Personen	-	45	43	39	51	69	38	49	44	33
* Verletzte Personen	-	3 031	3 036	3 198	3 174	3 507	3 250	3 237	3 015	3 253
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	39 561	39 236	114 624	.	.	.	116 499	.	.
davon im	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	39 083	38 805	113 120	.	.	.	115 089	.	.
Gelegenheitsverkehr	-	478	431	1 505	.	.	.	1 410	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 402	24 208	73 421	.	.	.	75 318	.	.
davon im	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	19 432	19 596	55 966	.	.	.	58 797	.	.
Gelegenheitsverkehr	-	4 970	4 612	17 455	.	.	.	16 521	.	.
Einnahmen	1000 EUR	41 158	81 840	124 928	.	.	.	135 342	.	.
davon aus	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	32 949	67 519	97 513	.	.	.	106 624	.	.
Gelegenheitsverkehr	-	8 209	14 321	27 414	.	.	.	28 718	.	.
GELD UND KREDIT										
Banke⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾	Mill. EUR	490 216	546 660	538 251
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-									
darunter	-									
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	-	399 113	415 013	405 950
davon	-									
kurzfristige Kredite	-	66 702	71 101	69 586
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	-	332 411	343 912	336 364
Einzlagen und aufgenommenen Gelder ⁷⁾	-									
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-	378 514	435 068	427 474
Insolvenzen										
Beartragte Insolvenzverfahren	Anzahl	235	268	254	302	291	327	443
darunter mangels Masse abgelehnt	-	123	122	121	154	130	71	119
darunter	-									
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	-	153	167	171	187	168	141	202
von natürlichen Personen als Gesellschafter u.ä. Nachlässe ⁹⁾	-	24	29	19	31	37	110	137
von Verbrauchern ⁹⁾	-	58	73	64	84	86	76	104
Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	105 028	246 041	397 726	67 366	299 358	302 908	550 589
GEWERBEANZEIGEN¹⁰⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 360	5 303	4 693	5 279	5 592	4 940	4 736	4 839	5 274
* Gewerbeabmeldungen	-	4 783	4 762	4 164	4 727	4 469	4 033	4 353	4 462	4 242
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	107,0	109,3	109,8	109,9	109,8	110,9	110,8	111,2	111,0
darunter	-									
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	-	101,4	105,1	106,8	106,2	105,2	106,5	106,0	105,4	104,5
Bekleidung, Schuhe	-	104,0	104,1	104,2	103,8	103,8	104,2	104,0	103,0	103,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	-	110,7	113,5	113,8	113,8	113,9	114,9	114,8	115,1	115,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	-	102,1	102,8	102,7	102,8	103,0	103,9	103,8	103,7	103,7
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	-	113,9	117,4	119,1	117,8	117,8	119,7	119,3	119,9	119,8
Nachrichtenübermittlung	-	84,3	82,1	81,7	81,9	82,0	82,2	82,2	82,3	82,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-	104,9	106,6	106,3	106,4	107,8	106,9	107,1	109,4	108,6
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	-	103,7	104,6	105,2	107,1	107,2	109,0	109,9	111,9	111,7
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	106,6	108,9	109,4	109,6	109,5	110,6	110,5	111,0	110,9
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	.	102,5	102,4	.	.	102,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ab 2002: einschl. ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätiger. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Regenergie. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Jan.	April.	Jul.	Ok.	Jan.	April.	Jul.
		2000	2001	2000	2001			2002		
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	3 553,2	3 471,6	4 927,1	2 911,4	2 754,8	2 793,4	3 266,5	3 090,0	2 810,3
davon	-	3 129,5	3 014,8	4 514,6	2 386,7	2 314,2	2 447,5	2 835,9	2 796,8	2 579,2
Gemeinschaftssteuern	-	1 487,1	1 513,6	1 556,2	1 511,5	1 341,8	1 399,5	1 528,0	1 491,7	1 351,7
davon	-	76,5	64,1	387,8	- 152,2	- 95,0	- 50,6	414,2	- 131,9	- 86,7
Lohnsteuer ²⁾	-	227,8	256,6	872,3	371,6	231,2	110,9	417,8	440,9	180,2
veranlagte Einkommensteuer	-	224,9	265,7	213,8	206,6	194,6	194,4	165,7	215,5	180,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	235,7	15,1	626,6	- 441,1	- 238,6	- 171,7	- 529,5	- 6,7	- 65,1
Zinsabschlag ²⁾	-	716,8	745,4	686,1	737,6	742,1	803,6	702,4	655,4	871,7
Körperschaftsteuer ²⁾	-	180,6	154,2	171,8	152,7	137,9	161,3	137,3	131,9	146,6
Umsatzsteuer	-	249,5	278,4	269,4	288,5	270,6	206,4	306,9	66,8	63,2
Einfuhrumsatzsteuer	-									
Bundessteuern	-									
darunter	-									
Mineralölsteuer	-	31,5	41,9	34,7	44,4	48,8	44,4	53,8	0,0	0,0
Versicherungsteuer	-	57,3	67,9	40,4	36,8	95,2	34,6	78,8	0,0	0,0
Zölle ³⁾	-	13,2	11,5	21,4	9,8	10,2	10,7	8,5	8,1	10,4
Landesteuern	-	130,5	141,3	132,1	144,0	159,4	122,4	115,2	144,5	157,5
darunter	-									
Vermögensteuer	-	5,7	3,3	3,5	2,1	2,2	1,3	5,3	2,3	19,7
Erbsteuer	-	21,7	23,6	16,7	25,6	23,5	13,1	25,4	21,5	20,1
Grunderwerbsteuer	-	43,2	43,5	37,7	39,0	65,6	41,9	35,1	49,3	57,2
Kraftfahrzeugsteuer	-	44,3	53,2	57,3	55,6	52,6	51,2	49,8	51,3	44,1
Gewerbesteuerumlage	-	30,5	26,5	0,0	82,5	0,5	6,4	0,0	73,8	0,0
		2000	2001	2000	2001			2002		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. EUR	1 609,7	1 621,4	2 052,4	994,4	1 543,6	1 427,6	3 947,5	829,6	1 317,3
davon	-	4,3	3,8	3,5	4,3	4,2	5,2	6,7	4,4	4,2
Grundsteuer A	-	150,8	185,3	123,7	150,0	171,4	170,7	249,3	139,7	171,7
Grundsteuer B	-	742,2	648,7	645,1	683,8	624,6	603,0	1 286,2	520,5	430,5
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	621,6	844,0	1 129,9	136,4	656,0	563,8	2 019,9	147,5	693,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	17,2	19,3	13,4	15,5	17,3	17,4	26,9	15,1	17,3
andere Steuern ⁵⁾	-									
		2000	2001	2001				2002		
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	April.	Jul.	Ok.	Jan.	April.	Jul.
VERDIENSTE ⁷⁾										
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe⁸⁾										
• Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 418	2 438	2 398	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490
• Männliche Arbeiter	-	2 501	2 520	2 480	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570
darunter Facharbeiter	-	2 656	2 674	2 638	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718
• Weibliche Arbeiter	-	1 857	1 883	1 864	1 873	1 899	1 885	1 886	1 896	1 935
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 734	1 755	1 739	1 749	1 763	1 755	1 758	1 768	1 804
• Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,74	14,89	14,80	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18
• Männliche Arbeiter	-	15,21	15,36	15,30	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63
darunter Facharbeiter	-	16,36	16,48	16,45	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71
• Weibliche Arbeiter	-	11,49	11,66	11,50	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,62	10,72	10,61	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03
Angestelltenverdienste (Bruttonomatsverdienste)										
• Im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾	-	3 500	3 586	3 539	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700
• männlich	-	3 757	3 843	3 794	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959
• weiblich	-	2 778	2 863	2 825	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972
• kaufmännische Angestellte	-	3 325	3 385	3 348	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488
• technische Angestellte	-	3 656	3 765	3 708	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889
• In Handel ⁹⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe	-	2 936	3 060	2 999	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366
• männlich	-	3 238	3 380	3 312	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730
• weiblich	-	2 514	2 617	2 566	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823
• kaufmännische Angestellte	-	2 950	3 077	3 018	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357
• Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁹⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe	-	3 163	3 270	3 217	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 9) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Migration im 21. Jahrhundert

Von der Bedrohung zur Rettung sozialer Marktwirtschaften? Von T. Straubhaar, Heft 167 der Reihe „Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik“, 128 Seiten, kartoniert, 49,00 Euro, Mohr Siebeck, Tübingen, 2002.

Die migrationspolitische Diskussion durchlebt in Deutschland in jüngster Zeit eine grundlegende Wandlung. Nach Jahrzehnten des Stillstands findet eine Kehrtwende statt. Nicht mehr länger werden nur die Probleme der Zuwanderung thematisiert. Zunehmend werden mit Blick auf die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes und auf die zunehmende Alterung der Bevölkerung die positiven Aspekte der Migration hervorgehoben. Der Autor beschreibt die Ursachen und Wirkungen, die Vor- und Nachteile der Zuwanderung aus ökonomischer Sicht und öffnet damit die Perspektive für eine neue Beurteilung der Migration im 21. Jahrhundert. Er geht dabei der Frage nach, ob die Migration im 21. Jahrhundert zu einer Bedrohung sozialer Marktwirtschaften wird, oder ob sie möglicherweise sogar zur Rettung alternder europäischer Gesellschaften beitragen wird. Hierzu liefert der Autor zunächst Fakten zum Umfang und zur Entwicklung der internationalen Migration im Zeitalter der Globalisierung. Im anschließenden Kapitel sucht der Autor nach den Gründen für die alles in allem geringe Wanderungsbereitschaft der Menschen. Am Beispiel der bevorstehenden EU-Osterweiterung wird danach das Ost-West-Migrationspotenzial abgeschätzt und die Analyse der Migrationsursachen vertieft. Das folgende Kapitel zieht die Bilanz „Mehr oder weniger Probleme durch Migration“? Anschließend geht der Autor auf einige grundsätzliche Migrationstrends („Funktionale Mobilität bei räumlicher Immobilität“, „Der Krieg um die Talente“) ein. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass es kaum mehr zu Massenwanderungen, dafür aber zu einem Wettbewerb der Standorte um die „High Potentials“ kommen wird; Nationalstaaten werden eine „gute“ Wirtschaftspolitik betreiben müssen, um finanzkräftige Steuerzahler halten zu können. Im folgenden Kapitel wird für Deutschland „eine Skizze einer Migrationspolitik entworfen, die eine Grundlage bieten könnte, damit Migration im 21. Jahrhundert zu einer tragenden Säule der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland werden kann“. Das abschließende Kapitel stilliert ein paar Trends über die Zukunft der Migration; noch einmal wird herausgearbeitet, dass im 21. Jahrhundert Migration deshalb Zukunft hat, weil sie den heutigen Nationalstaaten und Volkswirtschaften helfen wird, sich an sich fundamental verändernde Entwicklungsprozesse anzupassen. Gesamtfazit des Autors: Migration ist eine Chance für soziale Marktwirtschaften. 7072

75 Jahre Rhein-Mainische Forschung: 1925—2000

Herausgegeben von K. Wolf und F. Schymik, Heft 119 der Reihe „Rhein-Mainische Forschungen“, 431 Seiten, kartoniert, 25,05 Euro, Selbstverlag, Frankfurt am Main, 2001.

Das vorliegende Heft enthält die Ansprachen und Vorträge des Festkolloquiums aus Anlass des 75-jährigen Bestehens der Abteilung „Rhein-Mainische Forschungen“ des Instituts für Kulturgeografie, Stadt- und Regionalforschung der J.-W.-Goethe Universität Frankfurt am Main. Enthalten sind außerdem Aufsätze, die sich mit der

Stadt Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main an der Schwelle zum 21. Jahrhundert befassen und den zum Jubiläum erschienenen „Regionalatlas Rhein-Main“ (RMF 120) ergänzen. Es sind „Schlaglichter“, die dazu anregen sollen, sich mit der Stadt und der Region in ihrer jüngsten Entwicklung verstärkt aus geografischer Sicht auseinander zu setzen. Neben mehreren Grußworten sind folgende Festvorträge enthalten: „Regionale Geografie — Grundlage für Siedlungsentwicklung und Raumordnung?“ von G. Heinritz, „75 Jahre Rhein-Mainische Forschung“ von F. Schymik, „Frankfurt am Main und Darmstadt — zwei „Wissenschaftsstädte“ in der Region Rhein-Main — Leitbild und/oder Realität“ von I. Schickhoff u. R. Fischer, „Wandel und Kontinuität in der Wohnungspolitik — Die Entwicklung des kommunalen und zentralstaatlichen Einflusses auf den Wohnungsmarkt Frankfurt am Main seit 1871“ von E. Tharun u. W. Körner, „Sozialräumliche Differenzierung in Frankfurt am Main — eine Untersuchung auf der Grundlage einer Faktoren- und Clusteranalyse“ von R. Gutfleisch, „Frankfurt am Main — eine Dokumentation“ von K. Wolf, „Auf der Suche nach den Grenzen der Region. Die Rolle territorialer Abgrenzungen in der aktuellen rhein-mainischen Regionalreformdebatte“ von J. P. Scheller, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt in der Region Rhein-Main“ von W. Klems u. A. Schmid sowie „Internationale Datennetze und ihre Auswirkungen auf regionale Strukturen. Beispiele aus der Region Rhein-Main“ von C. Langhagen-Rohrbach. 7066

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Arbeits- und Tarifrecht der Angestellten in den neuen Bundesländern — BAT — O

Ergänzungsband Ost zum Kommentar „Breier/Kiefer/Hoffmann/Pühler: Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT“. Bearbeitet von Alfred Breier, Dr. Karl-Heinz Kiefer, Horst Hoffmann und Dr. Karl-Peter Pühler, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 53. Erg.-Lfg. vom Mai 2002, 1128 Seiten, in 1 Ordner) 49,80 Euro; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2002. 6204

Arbeitsstätten

Arbeitsstättenverordnung und Arbeitsstätten-Richtlinien mit ausführlicher Kommentierung, sonstige für Arbeitsstätten wichtige Vorschriften, Regeln, Normen und umfassendes Stichwortverzeichnis. Herausgegeben von Rainer Opfermann und Dr. Wilhelm Streit, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (mit CD-ROM, ca. 7372 Seiten, 5 Ordner) 217,80 Euro; Forkel-Verlag, Heidelberg, 2002. 6412

Hessisches Naturschutzrecht (HENatR)

Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Naturschutz und Landschaftspflege in Hessen. Rechtssammlung und Kommentar. Von K. U. Battefeld, H. Bornemann, C. Stecher-Löblich u. a., Loseblattwerk (einschl. 10. Erg.-Lfg. vom Juni 2001, 1240 Seiten, in einem Ordner), 75,70 Euro; Hüthig-Fachverlage (R. v. Decker), Heidelberg, 2002. 6657

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz — HGIG

Kommentar. Von Dr. Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 13. Erg.-Lfg. vom März 2002, 1964 Seiten, in 2 Plastikordnern), 125,00 Euro; Hüthig-Fachverlage (R. v. Decker), Heidelberg, 2002. 6749

BUCHBESPRECHUNGEN

Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Braier, A. P. Ceclor, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 182,00 Euro einschl. Versandkosten, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 7/02 bis 9/02: Neuere Entwicklungen der Normqualität kirchlicher Arbeitsvertragsordnungen / Das Bundesgleichstellungsgesetz (BglG) — Teil I Ziff. 1. bis 10. / Zur Darlegung- und Beweislust im BAT-Eingruppierungsprozess / Das Bundesgleichstellungsgesetz (BglG) — Teil II Ziff. 11. bis 17. / Konsequenzen eines Betriebsübergangs für Kollektivvereinbarungen kirchlicher Rechtsträger / „Eile mit Weile“ — Zur Durchsetzung des Teilzeitanpruchs / Zustandekommen, Wirksamkeit und Rechtsfolgen arbeitsrechtlicher Zielvereinbarungen / Das Besoldungsstrukturgesetz / Regelung zur Entgeltumwandlung im Bereich der Katholischen Kirche / Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. Entwicklung, gegenwärtiger Status, Zukunft / Arbeitsaufnahme aus der Rufbereitschaft. 6133-41

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM SEPTEMBER 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2001; Teil 3: Gymnasien und Schulen für Erwachsene (Zweiter Bildungsweg); Stand: 3. September 2001; (B I 1 - j/01 - Teil 3); (K)	5,00 Euro
□, Excel	5,00 Euro
Die Volksabstimmungen in Hessen am 22. September 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (B VII 4 - 02/01); (WG)	3,00 Euro
Die Bundestagswahl in Hessen am 22. September 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (B VII 1 - 02/3); (G/WK)	4,00 Euro
Personal und Personalstellen, sowie Habilitationen an den Hochschulen in Hessen im Jahr 2001; (B III 4 - j/01)	5,00 Euro
□, Excel	5,00 Euro
Schlachtungen in Hessen im Juli 2002; (C III 2 - m 7/02)	2,50 Euro
Agrarstrukturerhebung 2001; Betriebe und Viehhaltung; (C IV 9 - 2j/2001 - 3); (K)	5,00 Euro
Gewerbeanzeigen in Hessen im 2. Vierteljahr 2002; (D I 2 - vj 2/02); (K)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juni 2002; (E I 1 - m 6/02); (K)	4,00 Euro
□, Excel	4,00 Euro
Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 2001 und 2002; (E I 5 - j/00/01)	5,00 Euro
□, Excel	5,00 Euro
Energieversorgung in Hessen im März 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 3/01)	3,00 Euro
Indizes des Auftragsengangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juli 2002; (E I 3 - m 7/02)	4,00 Euro
Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 2002 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung); (E V 1 - vj 2/02)	2,50 Euro

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juli 2002 (Vorbereitende Baustellenerbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 7/02); (K)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 2. Vierteljahr 2002 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 1 - vj 2/02); (K)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juli 2002; (E I 1 - m 7/02); (K)	4,00 Euro
□, Excel	4,00 Euro
Erteilte Baugenehmigungen in Hessen im Jahr 2001; (F II 1 - j/01); (K)	3,00 Euro
Bauüberhang in Hessen am 31. Dezember 2001; (F II 3 - j/01); (K)	3,00 Euro
Baufertigstellungen in Hessen im Jahr 2001; (F II 2 - j/01); (K)	3,00 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im Juli 2002; (F II 1 - m 7/02); (K)	3,00 Euro
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Mai 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 5/02); (G)	4,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Juni 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 6/02)	2,50 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Juni 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 6/02)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juni 2002; (G III 3 - m 6/02)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Juni 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 6/02); (G)	4,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Juli 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 7/02)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Juni 2002; (H II 1 - m 6/02); (H)	3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juni 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 6/02); (K)	3,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Juli 2002; (H I 1 - m 7/02); (K)	2,50 Euro
Die Sozialhilfe in Hessen im Jahr 2001 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik 2001; Teil 2: Empfänger; (K I 1 mit K VI 1 - j/01, Teil 2); (K)	6,00 Euro
□, Excel	6,00 Euro
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Februar 2002; (L I 1 - m 2/02)	2,50 Euro
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im März 2002; (L I 1 - m 3/02)	2,50 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im August 2002; (M I 2 - m 8/02)	4,00 Euro
Baulandveräußerungen in Hessen 2001; (M I 6 - j/01); (K)	3,00 Euro
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im August 2002; (M I 4 - vj 3/02)	3,00 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk in Hessen im Mai 2002; (N I 2 - j/01)	3,00 Euro
Das Anlagevermögen in Hessen 1991 bis 2000; (P/S 1 - j/00)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro

Verzeichnisse

Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in Hessen; Ausgabe 2002	12,50 Euro
□, Excel	45,50 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt - 65175 Wiesbaden

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 3

Oktober 2002

6. Jahrgang

Inhalt

- ◆ 20 Jahre Waldökosystemstudie Hessen 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

20 Jahre Waldökosystemstudie Hessen

Ergebnisse aus dem Luftmessnetz Hessen

Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) nimmt mit der Überwachung der Luftqualität in Hessen eine wichtige Aufgabe des Umweltschutzes wahr. Hierzu gehört auch die Messung der Luftinhaltsstoffe in Waldökosystemen, welche hessenweit an acht Messstationen ermittelt werden.

Die Ermittlung von Umweltdaten aus Immissionen wurde Anfang der Achtzigerjahre relevant, da zu diesem Zeitpunkt die Auswirkungen anthropogener Luftverunreinigungen durch massive Walderkrankungen oder auch durch Waldsterben immer deutlicher hervortraten.

Um Erkenntnisse über den Eintrag von Spurenstoffen in hessische Waldgebiete zu erlangen, begann die Hessische Landesforstverwaltung 1982 mit einem Forschungsprogramm „Waldbelastungen durch Immissionen“, welches heute den Namen „Waldökosystemstudie Hessen“ trägt und aus der Luftschadstoffüberwachung und der Waldschadenserhebung besteht. Im Rahmen dieses Projektes ist es die Aufgabe des HLUG, die Immissionen von Luftinhaltsstoffen zu überwachen und zu dokumentieren.

Waldsterben

Bereits vor 110 Jahren entstand das Schlagwort von dem „sauren Regen“. Der britische Chemiker R. A. Smith stellte schon 1872 fest, dass Inhaltsstoffe im Regen, wie Arsen, Kupfer und andere Metalle, Vegetation und Baustoffe schädigen. 1883 wurden erste wissenschaftliche Untersuchungen über die Ursachen und Auswirkungen von Immissionen auf Waldgebiete veröffentlicht.

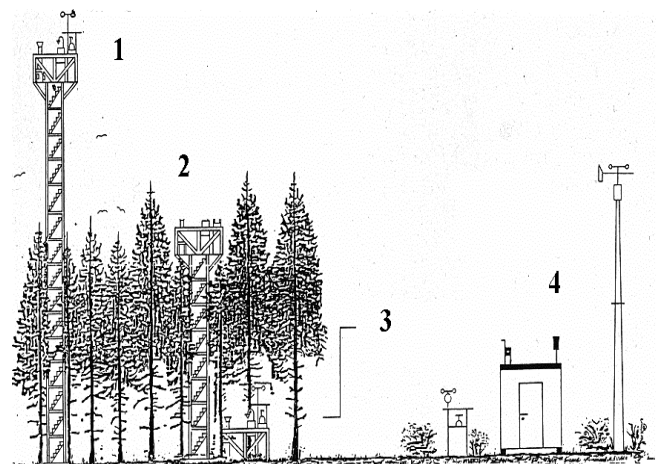
Das Thema Wald beschäftigt uns seit Ende der Siebzigerjahre, als in Europa die Wälder großflächig krank geworden sind. Die anfänglichen Vermutungen, als Ursache kämen in der Hauptsache extreme Klimaereignisse wie Trockenjahre oder außergewöhnliche Winterkälte, bislang unbekannte Krankheitserreger oder Anbau von Baumarten auf nicht geeigneten Böden in Frage, haben sich nicht bestätigt. Viele Fachleute vertreten heute die Ansicht, dass Schadstoffe in der Luft als primäre Ursache anzusehen sind. Aus dem Auspuff der Autos, den Triebwerken der Flugzeuge, aus Fabrikschornsteinen und aus den Schornsteinen unserer Häuser strömen Abgase, die nach dem Transport in die Waldgebiete teils unverändert, teils nach chemischer Umwandlung auf die empfindlichen Nadel- und Blattorgane der Bäume treffen.

Waldmessstationen

Anfang der Achtzigerjahre zeigten sich starke Schäden bei der Weißtanne, mittlere bis starke Schäden bei der Fichte und eine zunehmende Erkrankung bei Eiche und Buche. Diese großräumig festzustellenden Tatbestände veranlassten die Hessische Landesforstverwaltung im Jahr 1982, ein Untersuchungsprogramm über die Fragen der „Waldbelastungen durch Immissionen“ zu entwickeln, wobei die Aufgabe der Überwachung und Dokumentation der Luftschadstoffe der damaligen Landesanstalt für Umwelt übertragen wurde. Nach Verabschiedung dieses Programms durch die Hessische Landesregierung wurde mit dem Aufbau der Messeinrichtungen und mit den ersten Messungen ab 1. Mai 1983 begonnen. Es wurden zunächst drei Messstationen eingerichtet; die Standorte wurden nach folgenden Kriterien ausgesucht:

- Lage in Waldgebieten mit unterschiedlicher Nähe zu Ballungszentren,
- annähernd gleiche Entfernung voneinander,
- räumliche Abstimmung mit dem Luftmessnetz Hessen für vergleichende Betrachtungen,
- kostengünstiger Anschluss an die Energie- und Telefonversorgung.

Der Standort Königstein im Taunus wurde wegen seiner Nähe zum Ballungsraum Rhein-Main, der Standort Grebenau im Vogelsberg als emittentenferne Station und der Standort Witzenhausen im Kaufunger Wald zur Untersuchung der Immissionen bei Ost-Wetterlagen ausgewählt.



Aufbau einer Waldmessstation

Die Stationen wurden in vier Messebenen eingerichtet:

- | | |
|-------------|----------------------------|
| Messebene 1 | 5–7 m über den Baumkronen, |
| Messebene 2 | in den Baumkronen, |
| Messebene 3 | 1–2 m über dem Boden, |
| Messebene 4 | Freilandstation. |

Erkenntnisse über den Eintrag von Spurenstoffen in hessische Waldgebiete gab es bis zum Beginn des Messprogramms „Waldbelastungen durch Immissionen“ nur wenige. Mit der Anordnung in verschiedenen Messebenen sollte versucht werden, die Schadstoffflüsse bis zu deren Einwirken auf Bäume und Waldböden zu verfolgen und zu bilanzieren. Weiterhin wurde eine Ursachenanalyse hinsichtlich der Herkunft bzw. Neubildung von Luftverunreinigungen angestrebt.

Im Jahre 1986 wurde das Untersuchungsprogramm unter dem Eindruck der bis dahin gewonnenen Ergebnisse auf 6 Waldstationen erweitert. Hierzu wurden Standorte im Spessart, bei Frankenberg und bei Fürth im Odenwald ausgewählt. Die Erkenntnisse der Vorjahre führten dazu, dass nur noch die Messebenen 3 und 4 bestückt wurden, da sich die Messergebnisse der Messebenen 1 und 2 von denen der Freilandstation kaum unterschieden. Das Messnetz wurde dann im Jahr 2000 um die Stationen Zierenberg und Lampertheim auf insgesamt 8 Stationen nochmals erweitert.

Alle Stationen, bis auf die Standorte Lampertheim und Zierenberg, wurden in Mittelgebirgslagen errichtet. Die Messstation Lampertheim wurde im Laubwald bei den Autobahnen A5 und A67 errichtet, und an der Station Zierenberg sollen speziell die Depositionen in Buchenwäldern untersucht werden.

Eine Hessenkarte mit dem Luftmessnetz Hessen und den darin eingebundenen Waldmessstationen befindet sich auf Seite 7. Die Waldstationen sind nicht mehr als 60 km Luftlinie voneinander entfernt.

Ziele der Waldökosystemstudie Hessen:

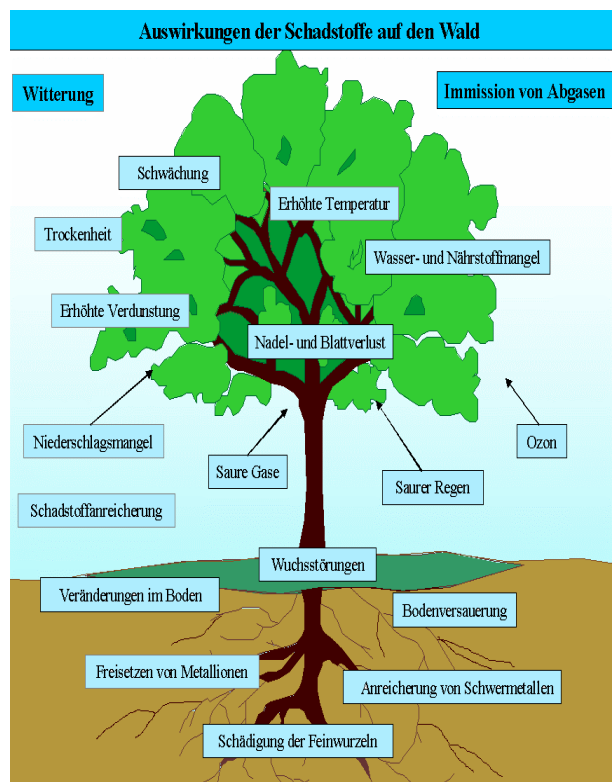
- die Veränderung hessischer Wälder durch Immissionen und klimatische Einflüsse sowie deren Folgewirkungen aufzuzeigen und rechtzeitig zu erkennen,
- Beiträge zum Verständnis der Ursachen zu leisten sowie Therapiekonzepte zu entwickeln,
- durch wissenschaftliche Informationsgewinnung Entscheidungsgrundlagen für die Forst-, Naturschutz- und Umweltpolitik bereitzustellen,
- Maßnahmen der Umweltpolitik und der Forstwirtschaft zu unterstützen.

Messprogramm

Um möglichst umfassende Informationen von den auf die Wälder einwirkenden Schadstoffkomplexen zu erhalten, wurden folgende Messparameter in den Untersuchungsumfang aufgenommen:

- **Meteorologie**
Windgeschwindigkeit und Windrichtung, relative Feuchte, Temperatur, Niederschlagshöhe und Globalstrahlung;
- **gasförmige Komponenten**
wie Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffmonoxid und Ozon;
- **Inhaltsstoffe im Schwebstaub**
z. B. Eisen, Blei, Aluminium, Cadmium;
- **Inhaltsstoffe in der Gesamtd deposition**
wie bei Schwebstaub, außerdem pH-Wert und Leitfähigkeit.

Die acht Waldmessstationen werden im Rahmen der kontinuierlichen Luftüberwachung Hessens betrieben [1]. Die Messwerte werden als Halbstundenmittelwerte erfasst und an die Messnetzzentrale des HLUg übermittelt. Die Berichterstattung über die Messdaten erfolgt aktuell durch den „Lufthygienischen Tagesbericht“, monatlich in Form der „Lufthygienischen Monatsberichte“ sowie zusammengefasst im „Lufthygienischen Jahresbericht“ [2].



Schadstoffwirkung auf den Wald

Schadstoffeinflüsse

Gase wie Stickstoffoxide, Ammoniak, Photooxidantien (insbesondere: Ozon), Schwefeldioxid, aber auch unterschiedliche chemische Reaktionsprodukte dieser Luftschadstoffe können einerseits oberirdisch auf Blätter und Nadeln wirken. Andererseits können diese Stoffe auch unterirdisch über Boden, Bodenwasser und Wurzeln Einfluss auf verschiedene Ebenen im Beziehungsgefüge von Bäumen und Wäldern nehmen. Luftschadstoffe

wirken dabei zumeist als disponierende (grundlegend beeinflussende) Faktoren, die z. B. über Bodenversauerung, Veränderung des Nährstoffhaushalts und physiologische Reaktionen die Regulationsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Waldökosysteme verändern. Schadauslösend sind dagegen oftmals natürliche Faktoren, wie Witterungsschwankungen, Insekten- oder Pilzbefall.

Stickstoffoxide

Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO₂) entstehen als Nebenprodukte bei Verbrennungsprozessen durch die Oxidation von Luftstickstoff. Stickstoffoxide gelangen durch die Abgase der Kraftwerke, der Diesel- bzw. Ottomotoren und der Gebäudeheizungen in die Atmosphäre. Mit 73 % stellt dabei der Kfz-Verkehr die bedeutendste Emittentengruppe dar.

In den Waldgebieten spielt die Belastung durch NO nur eine untergeordnete Rolle, da es auf Grund seiner hohen Reaktivität relativ schnell zu NO₂ oxidiert wird.

Nachdem die NO₂-Konzentration bis zu Beginn der Neunzigerjahre auf hohem Niveau nahezu konstant blieb, ergibt sich bei der Betrachtung des Zeitraumes 1994–2001 für 5 von 6 Waldmessstationen ein leicht abnehmender Trend.

Eine Maßnahme, die dazu beiträgt, ist die Entstickung von Industrieabgasen mit speziellen Katalysatoren. Durch die Einführung und den Vollzug von zunehmend strengeren Abgasnormen auch im Bereich der Lastkraftfahrzeuge und durch die gesetzliche Durchsetzung des Dreiwege-Katalysators konnten die Stickstoffoxid-Emissionen trotz eines erheblichen Verkehrswachstums gesenkt werden.

Schwefeldioxid

Schwefeldioxid (SO₂) entsteht bei jedem Verbrennungsvorgang; es war bis Anfang der Achtzigerjahre in ganz Deutschland mengenmäßig der bei weitem bedeutendste Luftschadstoff. Hauptverursacher waren und sind die großen Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen und Industriefeuerungen. Die Heizungen der Haushalte tragen einen weiteren Anteil zur Gesamtemission bei.

Auf Grund verstärkter Anstrengungen in der Luftreinhaltungspolitik sind die Schwefeldioxidkonzentrationen in den letzten Jahrzehnten erheblich gesunken. So gingen die SO₂-Jahresmittelwerte im Großraum Frankfurt seit den Sechzigerjahren bis heute von über 200 µg/m³ auf weniger als 10 µg/m³ zurück; an den Waldmessstationen liegen die Werte sogar unter 5 µg/m³.

Am Beispiel von Schwefeldioxid lassen sich die positiven Auswirkungen einer konsequenten Umsetzung von Entschwefelungsmaßnahmen dokumentieren; in diesem Zusammenhang sei insbesondere die Großfeuerungsanlagenverordnung genannt.

Ozon

Ozon (O₃) ist ein aus drei Sauerstoffatomen bestehendes, hochreaktives Reiz- und Schadgas, das in der unteren Atmosphäre unter Einfluss der UV-Strahlung des Sonnenlichts aus Vorläufersubstanzen gebildet wird. Diese sind hauptsächlich Stickstoffdioxid (NO₂) und flüchtige organische Verbindungen (VOC). Auf Grund der stärkeren UV-Strahlung in den höher gelegenen Waldmessstationen einerseits sowie der niedrigen Konzentration von Stickstoffmonoxid als Ozon zerstörender Substanz andererseits liegt die Ozonbelastung der Waldgebiete deutlich über der in den Ballungsräumen. Im Vergleich zu den anderen Waldmessstationen sind die Ozonkonzentrationen an der Waldmessstation Lampertheim deutlich geringer, da sich diese Station in der Ebene und in Verkehrsnähe befindet.

Ozon ist der einzige Luftschadstoff, dessen Konzentration in dem Zeitraum 1986–2001 an 5 von 6 Waldmessstationen angestiegen ist.

Dem Anstieg der Ozonkonzentration wird, wegen der schädigenden Wirkung auf pflanzliches Gewebe schon in geringen Konzentrationen von 40–50 µg/m³ sehr hohe Beachtung geschenkt.

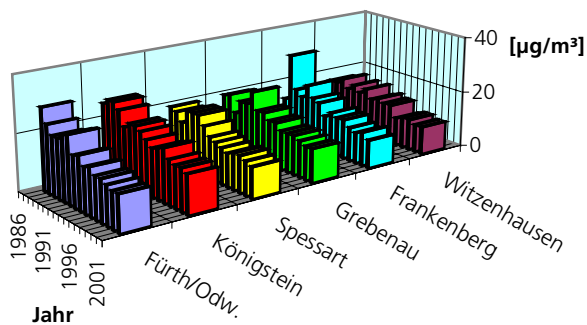
Weitere Informationen zum Thema Ozon findet man auch in dem Faltblatt zu Ozon [3].

Ergebnisse

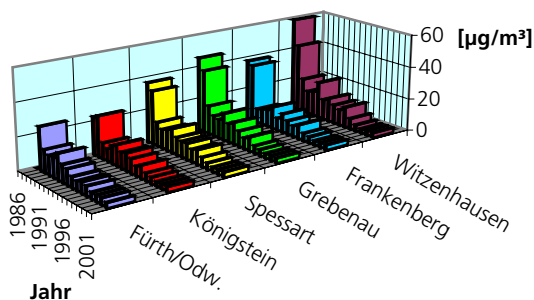
Die zuvor beschriebenen Entwicklungen werden in den folgenden Grafiken (s. Seite 6) nochmals verdeutlicht. Sie zeigen anhand der Ganzjahresmittelwerte den Konzentrationsverlauf der drei Hauptkomponenten von 1986 bis 2001.

Neben den drei erläuterten gasförmigen Schadstoffen soll auch der Staubeintrag in Waldgebiete erwähnt werden. Durch Anlagerung von Metallen an Staubpartikel können so Schwermetalle wie z. B. Blei, Arsen, Cadmium oder Nickel in das Waldökosystem eingetragen werden. Die potenzielle Toxizität der Schwermetalle auf alle Lebewesen führt zu einer zusätzlichen Belastung der Wälder. Die Untersuchungen der Staubbiederschläge und der Schwebstäube im Zeitraum von 1985 bis heute zeigen, dass die Konzentrationen der Schwermetallgehalte an den Stationen stark gesunken sind.

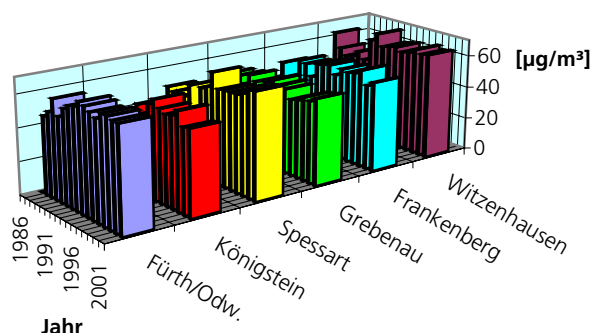
Die Belastung der Umwelt durch Blei ist besonders stark zurückgegangen; die in früheren Jahrzehnten bedeutenden Blei-Emissionen des Straßenverkehrs sind inzwischen auf nahezu null reduziert worden. Hierfür ist hauptsächlich das Gesetz über das Verbot von Blei in Ottokraftstoffen als Antiklopffmittel verantwortlich.



NO₂



SO₂



O₃

NO₂-, SO₂- und O₃-Konzentrationen an den Waldmessstationen (Jahresmittelwerte)

Fazit

Trotz der sichtbaren Reduktion von Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid an allen sechs aufgeführten Waldmessstationen ist das Problem der Waldschäden immer noch nicht gelöst. Hierbei spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Zum einen haben sich die langjährig deponierten Stoffe mit dem sauren Regen im Boden angereichert und gelangen von dort an das Wurzelwerk der Bäume, welche durch das saure Milieu am Wachstum gehemmt werden. Dies führt wiederum dazu, dass der Baum keinen festen Halt im Boden hat und deshalb Orkanen oder Unwettern nicht standhalten kann. Zum anderen ist die Ozonkonzentration in den Wäldern leicht ansteigend und

somit auch die direkt und indirekt schädigende Wirkung des Ozons auf die Blattorgane der Bäume [4]. Viele Ursachen, die den Wald schädigen, werden durch die Luftschadstoffe begünstigt, da die Widerstandskraft der Bäume herabgesetzt wird und dadurch Schädlinge leichter die Immunabwehr überwinden können.

Um den Waldbestand langfristig zu sichern, muss die NO₂-Deposition in Waldgebiete maßgeblich gesenkt werden, da NO₂ zur Bodenversauerung und -überdüngung beiträgt und außerdem eine Vorläufersubstanz für Ozon darstellt. Hierfür ist hauptsächlich das Gesetz über das Verbot von Blei in Ottokraftstoffen als Antiklopfmittel verantwortlich.

Was kann der Einzelne tun?

Es zeigt sich, dass durch den Einsatz von immer neuen Techniken, z. B. in der Industrie oder im Kfz-Bereich durch den Dreiwege-Katalysator, die Belastung der Wälder durch Luftschadgase in den letzten Jahren erheblich reduziert werden konnte. Aber nicht nur die Industrie, sondern jeder Einzelne kann etwas tun, damit die Belastung der Wälder weiterhin vermindert wird:

- Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel,
- Kurzstrecken mit dem Auto vermeiden,
- Benutzung von umweltfreundlichen Fahrzeugen (Erdgasauto),
- Energiesparmaßnahmen,
- emissionsarme Heizkessel einbauen,
- Ersatz von Kohle- und Ölfeuerung durch Gasfeuerung.

Informationen

Aktuelle Informationen aus dem Luftmessnetz Hessen bietet das HLOG über:

Fax-auf-Abwurf:

Aktuelle Messwerte: 0611/18061007
 Ozonkonzentration: 0611/18061008
 (Vorhersage)
 Messnetzinformationen: 0611/18061005

Videotext hr3:

Tafeln 174–179

Internet:

<http://www.hlug.de>

HLOG Info-Telefon:

0611-6939666

Literatur

- [1] Faltblatt Luftmessnetz Hessen, HLOG 2000.
- [2] Lufthygienischer Jahresbericht 2000, HLOG 2001.
- [3] Faltblatt Bodennahes Ozon und Sommersmog, HLOG 2001.
- [4] Waldzustandsbericht 2001, Hessen-Forst, FIV, Fachgebiet Waldökosystemstudie Hessen, 2002.

Luftmessnetz Hessen (Stand 2001)



Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Messstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel
1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2000		2001				2002	
		Durchschnitt		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<i>Lufttemperatur</i>	<i>Mittel [°C]</i>										
Station: <i>Frankfurt/M.-Flughafen</i>		11,6	10,8	17,4	7,70	4,67	13,9	18,1	10,8	5,0	14,7
<i>Niederschlag</i>	<i>Summe [mm]</i>										
Station: <i>Hofgeismar-Beberbeck</i>	„	765	-	227	122	-	178	251	-	191	-
<i>Marburg-Lahnberge</i>	„	726	829	246	164	231	203	214	180	232	197
<i>Schotten-Eichelsachsen</i>	„	866	957	343	217	255	196	241	265	279	170
<i>Abfluss</i>	<i>Mittel [m³/s]</i>										
Pegel: <i>Helmarshausen/Diemel</i>	„	13,9	13,3	7,57	7,20	18,1	13,0	8,03	13,9	27,6	19,6
<i>Rotenburg/Fulda</i>		22,6	24,8	13,5	21,9	46,1	22,0	10,1	20,8	61,6	25,0
<i>ABlar/Dill</i>		8,90	10,5	4,43	9,00	21,7	8,10	2,80	9,17	25,5	5,63
<i>Marburg/Lahn</i>	„	14,9	19,9	8,87	14,3	37,9	13,5	9,70	18,4	41,7	13,0
<i>Hanau/Kinzig</i>	„	10,1	13,0	5,30	11,2	24,6	10,0	4,70	12,5	30,7	8,67
<i>Bad Vilbel/Nidda</i>	„	10,2	14,7	6,83	13,0	28,4	11,5	5,50	13,5	29,3	10,4
<i>Talsperren</i>	<i>Mittel [Mio m³]</i>										
<i>Edertalsperre</i>	„	151	158	139	103	177	199	139	158	169	200
<i>Diemeltalsperre</i>	„	15,0	14,0	14,5	11,7	16,5	19,5	14,6	14,0	14,8	19,3
<i>Grundwasserstand</i>	<i>Mittel [NN + m]</i>										
Messstelle: <i>Bracht</i>	„	257,84	258,20	257,78	257,63	258,09	258,78	258,17	257,76	257,76	258,61
<i>Bauschheim</i>	„	86,56	86,86	86,41	86,52	87,14	87,28	86,51	86,50	86,62	87,03
<i>Lampertheim</i>	„	87,22	87,36	87,18	87,09	87,61	87,82	86,99	87,01	87,11	87,53
<i>Beberbeck</i>	„	225,28	224,59	225,32	224,75	224,53	224,88	224,62	224,33	224,36	225,32
<i>Zell</i>	„	314,21	314,49	314,12	314,04	314,26	314,79	314,63	314,28	314,22	314,46
<i>Schwalbach</i>	„	272,65	273,82	272,76	273,24	274,72	275,16	273,29	272,10	272,29	274,75
<i>Kath. Willenroth</i>	„	295,99	296,34	295,90	295,57	296,20	296,82	296,33	296,01	296,13	296,92
<i>Langstadt</i>	„	128,23	128,96	128,25	128,21	128,47	129,20	129,19	128,99	128,99	129,48
<i>Weissenborn</i>	„	214,27	213,71	214,07	212,34	213,46	215,44	213,86	212,07	212,16	215,55

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<i>Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0</i>										
Abfluss	m³/s	253	129	155	402	300	116	217		
Temperatur	Grad C	14	20,46	11,1	5,9	15,4	21	9,8	6,1	16,7
Sauerstoff	mg/l	10,4	6,9	9,9	12,4	11,3	6,8	10,9	12,5	11,4
pH		7,8	7,4	7,6	7,7	8	7,5	7,8	7,9	8,3
NH ₄ -N	mg/l	0,08	<0,07	<0,07	0,1	0,09	<0,07	0,05	0,17	0,11
NO ₃ -N	mg/l	5,2	4,5	4,7	4,9	4,4	4,0	4,7	4,8	4,7
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,5	5,4	5,8	6,0	5,3	5,6	5,4	5,6	5,6
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,13	0,08	<0,05	<0,05	0,07	0,08	0,12	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,19	0,23	0,20	0,22	0,14	0,21	0,18	0,16	0,15
Leitfähigkeit	mS/m	71	72	70	58	64	76	67	58	69
Chlorid	mg/l	53	56	51	41	42	60	48	41	44
TOC	mg/l	4,3	7,4	4,7	2,2	6,2	4,6	5,6	6,8	6,0
EDTA	µg/l	12,4	12,6	16,4	10,1	10,4	17,4	13,2	6,3	
<i>Messstation Oberbiel Lahn Flusskm 19,1³⁾</i>										
Abfluss	m³/s	35,8	17	30	88,2	30,5	13,6	16,4		
Temperatur	Grad C	12,2	17,1	9,3	4,8	13,6	18,4	7,8	5,4	14,5
Sauerstoff	mg/l	10,7	9,0	10,9	11,7	10,7	8,9	11,1	11,6	10,5
pH		8,1	7,8	7,8	7,7	7,8	7,7	7,6	7,5	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,13	0,08	<0,07	0,19	0,09	0,07	0,11	0,19	0,10
NO ₃ -N	mg/l	3,8	3,5	3,2	3,2	3,2	3,9	3,4	3,2	3,4
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,4	4,4	4,2	3,9	3,7	4,7	3,9	3,7	4,0
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,19	0,07	<0,05	<0,05	<0,05	0,06	0,09	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,21	0,26	0,28	0,16	0,17	0,23	0,16	0,14	0,15
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	34	32	29	26	31	37	29	22	32
Chlorid	mg/l	30	26	22	26	25	31	26	24	25
TOC	mg/l	3,9	3,3	4,2	3,6	3,7	4,0	4,2	3,6	4,4

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000		2001				2002	
		Durchschnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<i>Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9</i>										
Abfluss	m ³ /s	50,4	23	29	70	56	23	45		
Temperatur	Grad C	10,1	20,9	9,1	5,7	14,5	18,9	7,8	5,7	14,4
Sauerstoff	mg/l	12,1	7,6	11,5	13,5	13,4	12	11,1	11,6	11,6
pH		8,1	7,8	8,2	8,1	8,3	8,3	7,6	7,9	8,2
NH ₄ -N	mg/l	0,15	<0,07	<0,07	0,17	<0,07	0,12	0,1	0,14	0,10
NO ₃ -N	mg/l	3,2	1,9	3,8	4,4	3,9	2,8	3,8	4,2	3,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,5	2,2	-	5,9	4	3,6	4,4	5,0	4,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,06	0,16	0,09	<0,05	0,08	0,15	0,13	0,12
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,14	0,09	0,21	0,2	0,15	0,21	0,17	0,17	0,15
Leitfähigkeit	mS/m	450	440	560	477	471	430	455	387	422
Chlorid	mg/l	996	1300	1371	1278	1204	1271	1247	908	1080
TOC	mg/l	4	2,7	4,6	5,8	4,6	6,3	5,4	5,0	4,8
<i>Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5</i>										
Abfluss	m ³ /s	65	36	47	111	67	34	54		
Temperatur	Grad C	11,5	19,7	10,1	4,6	17,1	17,9	7,9	4,9	14,1
Sauerstoff	mg/l	11,1	8,9	9,5	10,8	11,7	9,3	10,3	10,6	11,1
pH		7,8	7,7	7,7	7,6	7,9	7,7	7,5	7,6	7,9
NH ₄ -N	mg/l	0,14	<0,07	0,07	0,2	0,07	<0,07	0,11	0,16	0,15
NO ₃ -N	mg/l	3,4	3,4	3,0	3,8	3,5	3,0	3,5	3,9	3,4
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4	3,5	4,2	4,3	4,0	3,9	4	4,16	4,3
o-PO ₄ -P	mg/l	<0,05	0,07	0,07	0,06	<0,05	0,09	0,12	0,10	0,09
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,12	0,1	0,15	0,17	0,15	0,18	0,16	0,15	0,14
Leitfähigkeit	mS/m	47,5	47	48	41	46	46	43	3,8	44
Chlorid	mg/l	50	42	35	42	45	51	47	43	39
TOC	mg/l	3,5	7,2	5,3	4,8	4,7	4,4	5,8	4,6	5,9
EDTA	µg/l	2,9	2,7	2,8	2,1	1,9	2,0	2,7	1,2	1,4

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000			2001				2002
		Durchschnitt	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<i>Messstation Mainz-Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5</i>										
Abfluss	m³/s	2112	1799	1681	1411	2180	2622	1737	1476	
Temperatur	Grad C	14,5	17,3	21,3	12,8	7,7	15,5	21,2	11,2	7,4
Sauerstoff	mg/l	8,2	9,1	7,6	9,6	11,5	10,1	8,4	10,7	11,9
pH		7,9	7,9	7,8	7,8	7,9	7,9	7,8	7,9	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,07	0,06	0,04	0,08	0,11	0,06	0,03	0,06	0,07
NO ₃ -N	mg/l	2,5	2,2	1,8	2,4	3,2	2,1	1,7	2,5	2,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,3	3,0	2,1	2,8	3,8	2,4	1,9	2,9	3,3
o-PO ₄ -P	mg/l	0,05	0,05	0,06	0,06	0,06	0,04	0,05	0,07	0,08
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,08	0,07	0,09	0,09	0,11	0,06	0,07	0,1	0,01
Leitfähigkeit	mS/m	45	47	43	51	45	46	41	50	47
Chlorid	mg/l	56	52	48	62	51	39	41	55	-
TOC	mg/l	3,5	3,0	2,7	2,9	3,6	2,9	2,5	3,3	4,2
EDTA	µg/l	5,1	4,3	5,5	5,9	5,3	2,9	2,8	5,4	4,2

1) = Gesamt - N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).

2) = Gesamt - P = Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.

3) = vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen a) Temperatur in °C

Messstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	5,8	4,5	14,9	16,5	7,4	3,3	12,9	17,2	6,0	4,3	13,6
Gießen (Mittelhessen)	4,8	3,7	14,2	16,3	6,9	3,5	13,7	17,4	5,8	4,3	14,0
Viernheim (Südhessen)	6,6	5,6	16,6	18,4	8,5	5,4	15,1	18,9	6,5	5,4	15,4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
b) Stickstoffmonoxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	4	2	2	2	4	4	2	2	2	4	2
Bebra	16	10	6	9	16	14	5	6	15	10	5
Borken	7	5	2	4	7	7	2	4	7	6	2
Darmstadt	25	20	7	10	29	24	6	7	29	22	5
Darmstadt-Hügelstraße	135	125	140	180	138	150	129	124	153	119	127
Dillenburg	56	41	30	36	52	57	29	34	59	41	29
Ffm.-Friedb.Landstraße	107	75	75	76	116	96	51	65	112	76	50
Ffm.-Höchst	55	42	22	27	70	62	16	20	57	45	16
Ffm.-Ost	68	47	24	32	77	47	19	25	59	42	16
Frankenberg	5	4	2	2	6	4	2	2	4	6	2
Fulda	46	39	34	39	50	51	24	27	54	37	26
Fürth/Odenwald	4	2	2	2	2	4	2	2	4	4	2
Gießen	58	51	21	26	56	51	19	21	64	42	17
Grebenau	5	4	2	4	4	4	2	2	4	4	2
Hanau	55	39	20	26	57	46	19	22	56	41	19
Kassel Fünffensterstr.	95	64	52	67	104	84	46	59	90	66	46
Kassel-Nord	37	24	19	27	36	42	17	19	41	26	17
Königstein	5	4	2	2	5	5	2	2	5	4	2
Lampertheim	-	12	6	9	26	14	4	6	22	17	4
Limburg	32	21	12	16	42	36	10	11	39	29	11
Linden	20	16	9	9	17	17	5	6	20	16	5
Marburg	29	21	7	12	39	30	6	9	29	22	7
Michelstadt	20	14	6	7	26	20	5	5	20	16	5
Nidda	13	9	4	5	9	7	4	5	11	9	4
Offenbach	51	34	11	17	39	35	10	15	45	34	7
Raunheim	42	35	16	24	56	47	11	14	46	35	10
Riedstadt	23	17	7	10	30	24	5	6	25	20	5
Spessart	4	2	2	2	4	4	2	2	4	2	2
Viernheim	31	22	10	14	40	34	7	9	37	29	7
Wasserkuppe	-	-	-	2	2	2	2	2	2	2	2
Wetzlar	60	47	22	25	72	62	21	16	55	39	16
Wiesbaden-Ringkirche	133	90	64	79	121	97	55	64	116	87	49
Wiesbaden-Süd	40	32	14	19	54	41	11	12	46	29	10
Witzenhausen	3	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Zierenberg	-	-	2	2	4	4	2	2	4	4	2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	21	15	8	10	16	17	8	7	15	16	8
Bebra	33	30	23	20	22	24	15	16	24	29	19
Borken	21	20	13	13	23	24	12	11	19	20	11
Darmstadt	40	40	29	29	34	34	23	30	47	41	28
Darmstadt-Hügelstraße	53	57	69	63	52	60	67	64	58	65	74
Dillenburg	43	42	43	38	39	42	37	37	37	41	38
Ffm.-Friedb.Landstraße	56	63	79	69	68	74	58	61	64	66	65
Ffm.-Höchst	48	46	45	39	53	62	41	42	44	51	43
Ffm.-Ost	52	52	41	38	48	43	34	39	39	46	34
Frankenberg	17	15	7	8	16	16	7	7	11	14	7
Fulda	39	37	40	33	33	39	31	34	37	37	33
Fürth/Odenwald	20	16	9	11	17	17	8	8	16	14	9
Gießen	45	46	40	36	41	46	36	36	40	48	38
Grebenau	18	14	9	10	14	16	9	9	15	16	9
Hanau	50	45	43	40	49	55	42	43	48	53	42
Kassel-Fünffensterstr.	55	49	56	48	47	49	47	51	48	51	50
Kassel-Nord	34	32	33	32	30	35	27	30	36	38	33
Königstein	20	17	11	11	21	20	10	10	17	18	9
Lampertheim	-	26	16	16	24	26	17	17	24	29	17
Limburg	33	31	27	26	30	38	28	29	35	37	29
Linden	30	28	20	20	28	30	18	20	26	30	18
Marburg	41	35	30	20	33	40	23	24	33	37	25
Michelstadt	26	25	20	17	24	30	17	16	26	29	18
Nidda	31	29	15	16	26	26	15	18	27	28	15
Offenbach	53	49	36	35	38	44	36	38	43	46	32
Raunheim	39	38	37	37	37	44	32	32	39	44	35
Riedstadt	35	33	24	26	33	37	20	22	31	32	20
Spessart	21	18	7	9	16	15	7	8	15	14	8
Viernheim	39	38	29	29	37	42	28	27	38	44	27
Wasserkuppe	-	-	6		9	9	6	6	10	9	6
Wetzlar	41	40	37	32	36	44	35	30	35	39	33
Wiesbaden-Ringkirche	63	59	66	64	60	61	52	58	57	61	56
Wiesbaden-Süd	44	43	38	34	40	46	31	33	33	37	29
Witzenhausen	17	12	6	8	13	13	8	7	14	13	6
Zierenberg	-	-	11	10	16	18	9	11	15	16	10

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	39	49	78	54	31	42	75	66	35	52	79
Bebra	22	34	57	37	20	31	61	52	22	41	58
Borken	29	41	67	48	28	39	66	56	25	42	62
Darmstadt	21	28	58	38	20	25	55	46	14	29	55
Dillenburg	15	21	39	23	10	17	44	33	12	25	41
Ffm.-Höchst	16	24	45	32	13	20	51	39	12	26	50
Ffm.-Ost	16	24	51	31	12	23	59	47	16	30	57
Frankenberg	37	49	79	54	28	41	80	70	31	47	70
Fulda	19	28	48	35	21	29	58	45	18	35	52
Fürth/Odenwald	41	54	88	68	42	52	85	79	38	58	84
Gießen	11	18	42	26	11	19	50	41	11	23	46
Grebenau	29	41	77	52	32	42	73	66	32	50	72
Hanau	20	29	55	37	15	23	57	50	13	28	55
Kassel-Nord	23	36	53	34	20	28	55	48	17	32	50
Königstein	35	45	79	54	27	36	77	66	28	48	69
Lampertheim	-	40	49	32	16	28	54	48	18	36	58
Limburg	22	31	49	36	21	26	59	52	20	37	51
Linden	26	35	52	40	21	29	60	50	19	34	54
Marburg	17	30	53	24	12	24	62	52	18	31	55
Michelstadt	26	36	55	43	22	31	56	50	20	38	62
Nidda	22	32	66	47	21	33	67	63	23	43	70
Offenbach	13	21	50	32	11	19	54	42	12	27	57
Raunheim	20	30	53	38	17	24	59	49	18	33	55
Riedstadt	21	36	62	46	22	32	68	57	19	35	61
Spessart	42	54	92	72	38	53	92	79	39	58	89
Viernheim	20	27	56	41	15	24	57	49	15	28	56
Wasserkuppe	-	-	82		58	67	98	93	60	77	103
Wetzlar	14	22	40	29	11	16	50	43	13	30	46
Wiesbaden-Süd	20	27	53	38	13	22	57	47	15	27	52
Witzenhausen	42	53	90	66	45	52	86	80	43	59	79
Zierenberg	-	-	75	47	27	42	79	71	40	53	60

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bebra	5	4	3	3	3	4	3	3	3	5	3
Borken	4	4	3	3	3	4	3	3	3	3	3
Darmstadt	7	7	3	3	5	6	3	3	3	5	3
Dillenburg	4	4	3	3	3	4	3	3	3	4	3
Ffm.-Höchst	8	7	4	4	6	8	3	3	4	6	3
Ffm.-Ost	8	7	3	3	7	8	4	3	5	7	3
Frankenberg	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Fulda	5	5	3	3	3	5	3	3	4	4	3
Fürth/Odenwald	5	5	3	3	3	3	3	3	3	5	3
Gießen	6	5	3	3	3	4	3	3	3	4	3
Grebenau	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	9	9	4	3	8	9	4	3	6	8	3
Kassel-Nord	5	4	3	3	4	6	4	4	4	5	3
Königstein	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Lampertheim	-	5	3	3	4	4	3	3	4	6	3
Limburg	4	5	3	3	4	5	3	3	4	4	3
Linden	4	4	3	3	3	4	3	3	4	5	3
Marburg	5	5	3	3	4	5	3	3	4	5	3
Michelstadt	7	6	3	3	5	7	3	3	5	7	3
Nidda	5	5	3	3	3	4	3	3	4	5	3
Offenbach	7	8	4	3	5	7	3	3	5	7	3
Raunheim	8	7	3	3	5	10	4	4	8	10	4
Riedstadt	5	5	3	3	3	4	3	3	4	5	3
Spessart	4	3	3	3	3	3	3	3	3	4	3
Viernheim	8	9	4	3	6	8	4	4	6	9	4
Wasserkuppe	-	-	-	3	3	3	3	3	3	3	3
Wetzlar	4	4	3	3	3	3	3	3	3	4	3
Wiesbaden-Süd	8	8	4	3	5	6	4	3	5	7	3
Witzenhausen	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Zierenberg	-	-	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Darmstadt	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3
Darmstadt-Hügelstraße	1,5	1,3	1,4	1,5	1,2	1,4	1,1	1,0	1,3	1,1	1,1
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,3	1,0	1,1	1,0	1,4	1,4	0,8	0,9	1,3	1,1	0,8
Ffm.-Höchst	0,7	0,7	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,5	0,6	0,4
Fulda	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,4	0,3	0,5	0,5	0,4
Gießen	0,7	0,7	0,4	0,5	0,6	0,7	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4
Hanau	0,8	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3
Kassel-Fünffensterstr.	1,5	1,3	1,0	1,1	1,4	1,2	0,8	0,8	1,2	1,0	0,8
Kassel-Nord	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	0,7	0,4	0,3	0,6	0,5	0,3
Limburg	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3
Linden	0,5	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3	0,1
Offenbach	0,7	0,6	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3	0,2	0,4	0,3	0,4
Raunheim	0,7	0,7	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,7	0,6	0,3
Viernheim	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,2	0,4	0,4	0,3
Wetzlar	0,7	0,6	0,5	0,4	0,7	0,7	0,3	0,3	0,6	0,5	0,3
Wiesbaden-Ringkirche	2,0	1,7	1,3	1,4	1,9	1,7	1,0	1,0	1,4	1,3	0,9
Wiesbaden-Süd	0,7	0,6	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3
Zierenberg	-	-	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Messstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Ffm.-Höchst	107	113	67	40	87	80	40	47	93	80	40
Ffm.-Ost	86	73	40	40	67	67	47	53	67	60	33
Kassel-Nord	57	47	113	53	80	87	47	53	73	60	53
Riedstadt	57	47	27	27	40	33	20	33	53	40	27

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 PM 10* in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Qm. 1999	Quartalsmittel 2000				Quartalsmittel 2001				Quartalsmittel 2002	
	4 Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bad Arolsen	19	18	19	20	14	16	16	24	22	22	23
Bebra	23	21	24	23	20	25	21	23	23	29	27
Borken	21	19	19	20	15	19	25	23	22	25	29
Darmstadt	26	24	24	23	20	26	27	27	30	35	25
Darmstadt-Hügelstraße	-	35	32	33	31	38	34	36	40	43	40
Dillenburg	27	23	26	27	23	25	34	23	23	23	24
Ffm.-Friedberger Landstr.	-	-	-	-	-	-	33	38	48	52	43
Ffm.-Höchst	27	26	25	25	24	34	33	20	23	32	30
Ffm.-Ost	37	34	31	30	28	33	25	33	34	35	30
Fulda	24	24	23	20	21	25	32	19	24	27	25
Gießen	28	26	25	32	32	28	22	19	20	34	34
Hanau	26	24	22	23	21	25	22	28	32	36	32
Kassel-Fünffensterstr.	-	32	33	32	37	38	31	31	37	35	40
Kassel-Nord	29	24	26	27	22	24	30	16	29	39	29
Lampertheim	-	-	-	13	12	16	18	13	18	32	27
Limburg	24	22	22	22	19	24	13	30	31	33	32
Marburg	26	23	26	23	20	23	29	28	23	26	28
Michelstadt	21	20	19	18	17	29	27	20	22	24	22
Nidda	20	20	18	18	14	22	22	30	29	36	33
Offenbach	44	43	41	44	20	24	27	18	28	33	26
Raunheim	27	27	24	24	23	24	18	21	24	29	25
Riedstadt	23	23	24	25	20	21	21	32	28	32	31
Viernheim	25	26	21	21	22	24	19	16	20	34	27
Wasserkuppe	-	-	-	12	7	8	18	12	9	8	-
Wetzlar	31	27	29	27	26	29	13	27	30	33	34
Wiesbaden-Ringkirche	-	29	-	35	38	28	24	27	32	27	23
Wiesbaden-Süd	29	28	24	21	25	28	26	22	28	32	29

* PM 10: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70 - 80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7% niedriger ausfallen als bisher.